



Crack

Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden

Erfahrungen und gute Praxis im Umgang mit
dem Konsum von Crack und Kokainprodukten
im öffentlichen Raum



Vorwort der Städteinitiative Sozialpolitik

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Umgang mit dem Konsum psychoaktiver Substanzen gehört seit jeher zum urbanen Alltag. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch in vielen Schweizer Städten, unabhängig von ihrer Grösse, ein auffälliger Wandel vollzogen: Der Konsum von Kokainprodukten wie Crack und Freebase hat zugenommen und findet vermehrt sichtbar im öffentlichen Raum statt. Diese Entwicklung hat die Suchtpolitik auf der politischen Agenda nach oben gerückt und stellt unser Gemeinwesen vor neue Aufgaben.

Die Städteinitiative Sozialpolitik stellt sich dieser Herausforderung proaktiv, getreu der traditionellen Vorreiterrolle der Städte in der schweizerischen Suchtpolitik. Seit jeher gehen Städte und Gemeinden mit zukunftsweisenden Ideen voran und entwickeln und erproben neue Ansätze, bevor diese breitere Akzeptanz finden.

Mit der vorliegenden Orientierungshilfe möchten wir unseren Mitgliedern ein praxisnahes Instrument zur Verfügung stellen. Die Publikation fasst Grundlagen der Suchtpolitik, innovative Ansätze der Suchthilfe und Praxisbeispiele – etwa zu Konsumräumen – aus Schweizer Städten zusammen. Insbesondere für kleinere und mittlere Städte, die möglicherweise noch am Anfang der Entwicklung entsprechender Infrastruktur stehen, bietet sie eine wichtige Orientierung. Aber auch Städte mit etablierten Strukturen finden darin hilfreiche Optimierungsansätze für ihre bestehenden Angebote.

Die Orientierungshilfe ist bewusst aus sozialpolitischer Perspektive verfasst. Im Vordergrund stehen effektive Hilfsangebote und die nachhaltige Minderung negativer Folgen für die Konsumierenden und die Gesellschaft. Dabei versteht sich die Publikation nicht als Pauschalanleitung mit allgemeingültigen Lösungen, sondern als Ideengeber und Inspirationsquelle für ein dynamisches Feld in ständiger Entwicklung. Denn jede Stadt hat ihre eigene Ausgangslage und ist gefordert, die für sie passenden Massnahmen und Lösungsansätze zu finden.

Trotz lokaler Unterschiede haben sich für den Umgang mit den sich verändernden Markt- und Konsumententwicklungen bei illegalen Substanzen drei Handlungsfelder als zentral herausgestellt: erstens die Etablierung und Pflege von Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteur:innen; zweitens die Einrichtung niederschwelliger Angebote und Massnahmen zur Schadensminderung und drittens die Schaffung von Akzeptanz in Öffentlichkeit und Politik. Im Hauptteil dieser Publikation finden Sie zu jedem dieser Handlungsbereiche konkrete Instrumente und Beispiele aus der Praxis. Unser Dank gilt allen Städten und Fachpersonen, die ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen und diesen wertvollen Wissenstransfer ermöglichen.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre und hoffen, dass diese Orientierungshilfe Sie und Ihre Stadt auf dem Weg zu einer wirksamen Suchtpolitik unterstützt.



Émilie Moeschler

Stadträtin von Lausanne
Vizepräsidentin Städteinitiative Sozialpolitik



Nicolas Galladé

Stadtrat von Winterthur
Präsident Städteinitiative Sozialpolitik



Impressum

Herausgeberin und Bezugsquelle:

Städteinitiative Sozialpolitik

c/o Stadt Winterthur Departement Soziales

Pionierstrasse 7

CH-8403 Winterthur

info@staedteinitiative.ch

www.staedteinitiative.ch

Download:

Deutsche Fassung: [staedteinitiative.ch](https://www.staedteinitiative.ch) ▶ [Positionen](#) ▶ [Positionen](#)

Version française: [staedteinitiative.ch/fr](https://www.staedteinitiative.ch/fr) ▶ [Positions](#) ▶ [Positions](#)

Autorin: Stefanie Knocks

Projektleitung: Katharina Rüegg

Konzept und Gestaltung: Gabriela Martinelli

Satz: Corina Farkas

Illustration: Anne Seeger

Druck: Typotron AG

1. Auflage Mai 2025

Inhaltsverzeichnis

Wie ist diese Orientierungshilfe zu lesen?	7
Ausgangslage	
Die «Vier Säulen» der Schweizer Suchtpolitik	8
Kokain und Kokainprodukte	10
Wissen und Erfahrungen austauschen	11
Kontexthinweise	
Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung und Frühintervention	15
Legalstatus von Kokain	16
Agonistentherapien für Kokainkonsumierende, Stärkung der Forschung	17
Pilotversuche mit Kokainprodukten	17
Kantonale Rahmenbedingungen	18
Soziale Situation von suchtbetroffenen Menschen	18
Nachfrage nach Beratung und Behandlung	19
Fachkräftemangel	19
Konkrete Handlungsmöglichkeiten für Städte und Gemeinden	
1. Zusammenarbeit etablieren und pflegen	23
Übergreifende Arbeitsgruppen und Runde Tische	24
Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei	28
Gemeinsame Situationsbeobachtung	30
Weitere Zusammenarbeiten und Schnittstellen	32
2. Niederschwellige Angebote und Schadensminderung einrichten	33
Anlaufstellen und Konsumräume	35
Aufenthaltsräume	41
Wohnangebote	41
Aufsuchende Arbeit	42
Peer-Arbeit	44
3. Akzeptanz in Öffentlichkeit und Politik schaffen	47
Politische Einigkeit herstellen – am besten mit dem Kanton im Boot	48
Fachpersonen in politischen Prozess einbeziehen	50
Beruhigung des öffentlichen Raums	50
Partizipation und Information der Bevölkerung	52
4. Zusammenspiel von Instrumenten und Massnahmen	55
5. Weitere hilfreiche Faktoren	58
Quellenverzeichnis	61
Weitere Lesehinweise	62

Verzeichnis der Praxisbeispiele

Brugg: Wissen öffentlich zur Verfügung stellen – Bedarfsanalyse	14
Chur: Wissen öffentlich zur Verfügung stellen – Grundlagen	14
Genf: Wissen öffentlich zur Verfügung stellen – Forschungsbericht	14
Kanton Solothurn: Runder Tisch analysiert Situation und erarbeitet Massnahmenplan	25
Chur: Runder Tisch auf Stadtebene	26
Lausanne: Koordinationsgruppe	26
Luzern: Runder Tisch und externe Situations- und Bedarfsanalyse	27
St.Gallen: Regelmässiger und strukturierter Austausch zwischen Stadt- und Kantonspolizei sowie der Suchthilfe	29
St.Gallen: Regelmässiges Monitoring	31
Olten: Ausbau der Kapazitäten und zusätzlicher Sicherheitsdienst	35
Freiburg: Einrichtung eines Konsumraums in Kooperation von Stadt und Kanton	36
Luzern: Pilot zur Erweiterung von Angebot und Öffnungszeiten	37
Zürich: Zutrittssystem für K+A	40
Burgdorf: Verein CheckPoint mit Vereinslokal	41
Winterthur: Housing First – selbständiges Wohnen stabilisiert	42
Olten: Umwandlung SIP in Gassenarbeit / Auftrag und Konzept aufsuchende Gassenarbeit	43
Wädenswil: Aufsuchende Sozialarbeit von der Dienststelle Soziokultur	44
Lausanne: Mikro-Jobs mit und ohne Peer-Arbeit	45
St.Gallen: Minijobs für Peer-Mitarbeitende im öffentlichen Raum	45
Winterthur: Eine Suchtpolitik für eine gemeinsame Haltung	50
Olten: Sicherheit und Soziales sind gestaffelt in der Stadt präsent	51
Chur: Grosse Bedeutung der Sicherheit im Konzept für den Konsumraum	51
St.Gallen: Gezielte Massnahmen im öffentlichen Park	52
Winterthur: Begleitgruppe im Quartier	53
Chur: Erklärvideo und Medienarbeit	54
Brugg: Klärung des Handlungsbedarfs bzw. der Schaffung von Angeboten gemeinsam mit Infodrog	56
Vevey: Kombination sozialarbeiterischer und sicherheitsrelevanter Massnahmen	56
Zürich: Beruhigung der Situation in der Bäckeranlage	57

Wie ist diese Orientierungshilfe zu lesen?

Diese Orientierungshilfe unterstützt insbesondere kleine und mittlere Städte dabei, ihre Angebote für Personen, die im öffentlichen Raum illegale Substanzen konsumieren, zu reflektieren und gegebenenfalls anzupassen. Die Publikation stellt Grundlagen und Beispiele guter Praxis aus Schweizer Städten und Gemeinden zusammen und unterstützt somit den Transfer und den Aufbau von Wissen.

Es handelt sich nicht um ein Rezeptbuch, das ein schrittweises Vorgehen und am Ende eine für alle funktionierende Lösung präsentiert. Denn die Ausgangslage unterscheidet sich von Kontext zu Kontext. Welche Bausteine zu einer jeweiligen Stadt oder Gemeinde passen, liegt am Ende in der Wahl der jeweiligen verantwortlichen Entscheidungsträger:innen vor Ort.

In den letzten Jahren wurden sehr viele Analysen, Hilfestellungen und weitere Publikationen zum Thema Konsum von Kokainprodukten (im öffentlichen Raum) erstellt. Die vorliegende Orientierungshilfe erwähnt nur einige davon, nimmt mit der Auswahl keine Bewertung vor und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die erwähnten Hinweise und praktischen Beispiele stammen teils aus Desktop-Recherchen, teilweise ergaben sie sich aus persönlichen Kontakten zwischen der Geschäftsstelle der Städteinitiative Sozialpolitik und ihren Mitgliedern oder aus Aufrufen an die Mitglieder, Beispiele einzureichen. Neben den hier erwähnten Beispielen gibt es

zahlreiche weitere Aktivitäten von Städten. Ihre Nichtnennung drückt ebenfalls keine Bewertung aus. Die Recherchen und Gespräche fanden vorwiegend im Dezember 2024 statt und spiegeln den Stand der Dinge zu dieser Zeit wider.

Der Konsum im öffentlichen Raum wird vermutlich immer ein Thema für Städte und Gemeinden sein – in mehr oder weniger sichtbarem Umfang, im Sommer mehr als im Winter und von heute legalen genauso wie illegalen Substanzen. Aber es stehen Massnahmen und Mittel zur Verfügung, um auf den Konsum im öffentlichen Raum zu reagieren und ihn zu reduzieren – ohne die suchtkranken Menschen zu stigmatisieren.



Ausgangslage

Die «Vier Säulen» der Schweizer Suchtpolitik

Die Schweizer Suchtpolitik auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden stützt sich auf vier untereinander gleichberechtigte Säulen:

1. Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung
2. Therapie, Beratung und Wiedereingliederung
3. Schadensminderung, Risikominimierung und Überlebenshilfe
4. Regulierung und Vollzug (manchmal auch subsumiert unter «Repression»)

Die «Vier-Säulen-Politik» wurde vor dem Hintergrund der offenen (Heroin-)Konsumszenen entwickelt, 2008 gesetzlich verankert und gilt noch heute – auch bei internationalen Beobachter:innen – als sehr erfolgreiche Strategie, um negative Folgen für Konsumierende und die Gesellschaft nachhaltig zu vermindern.



Grundlagen zur Suchtpolitik auf nationaler Ebene:

<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/politische-auftraege-und-aktionsplaene/drogenpolitik/vier-saeulen-politik.html>

Die Massnahmen zur Umsetzung der Vier-Säulen-Politik obliegen nach Artikel 1a des Betäubungsmittelgesetzes dem Bund und den Kantonen. Den Städten und Gemeinden wird keine explizite Aufgabe zugewiesen. Neue Entwicklungen bezüglich Substanzkonsum sind meist aber zuerst und am deutlichsten in den Städten sichtbar. Entsprechend spielten die Städte eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Vier-Säulen-Politik in den 1980er- und 1990er-Jahren. Und sie haben diese Pionierrolle noch heute.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor in der Umsetzung der Vier-Säulen-Politik liegt darin, dass die Akteur:innen und Fachpersonen sich über ihre jeweilige «Säule» hinweg vernetzen, sich über ihre jeweiligen Beobachtungen, Erfahrungen und Lösungsansätze austauschen und zusammenarbeiten (siehe dazu auch Kapitel Zusammenarbeit etablieren und pflegen, S. 23).

Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen den Säulen auf nationaler Ebene ist die Zusammenarbeit zwischen Fachpersonen der Suchthilfe und der Polizei in der **Arbeitsgruppe Suchthilfe und Polizei (AG SuPo)**:



<https://www.infodrog.ch/de/expertengruppen.html#supo-suchtfachleute-polizei>

Die gemeinsame Tagung der nationalen AG SuPo widmete sich im November 2024 dem Thema **«Cannabis, Crack, synthetische Opioide & Co. – aktuelle Konsumtrends & neue Zielgruppen – Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Suchthilfe und Polizei»**. Präsentationen des Tages:



<https://www.infodrog.ch/de/agenda/supo-tagung-2024.html>

Kontakt:

Arbeitsgruppe SuPo
c/o Schweizerische
Koordinations- und
Fachstelle Sucht Infodrog



<https://www.infodrog.ch/de/expertengruppen.html#supo-suchtfachleute-polizei>

Einige bewährte Massnahmen lassen sich auch nicht einer einzigen Säule zuordnen, sondern bedienen mehrere Zwecke. Haben Personen zum Beispiel die Möglichkeit, ihre Substanzen im Rahmen eines Drug-Checking-Angebots überprüfen zu lassen, bietet dieser Kontakt mit Fachpersonen die Möglichkeit einer Frühintervention (BAG 2024), gleichzeitig dient die Massnahme der Risikominimierung, weil riskante Beimischungen erkannt werden können.

Die Etablierung der Vier-Säulen-Politik in der Schweiz führte über einige Jahrzehnte dazu, dass der Konsum von illegalen Substanzen in der Öffentlichkeit nur wenig sichtbar war. Dass es sich dabei um ein fragiles Gleichgewicht handelte, zeigte sich zum Beispiel während der Covid-19-Pandemie, als einige niederschwellige Angebote ihre Öffnungszeiten einschränken mussten. Die geringere Verfügbarkeit der sicheren Konsumräume führte dazu, dass der Konsum sich in eini-

gen Städten zeitweise wieder mehr in den öffentlichen Raum verlagerte. Ähnliche Erfahrungen machte die Stadt Zürich im Oktober 2022, als sie einen Konsumraum in der Innenstadt schliessen musste und ein alternatives Angebot am Stadtrand zur Verfügung stellte – dies war ein Puzzle-teil, das zur Bildung einer Konsumszene in der zentralen Bäckieranlage führte. Anpassungen in den Massnahmen der Säule «Schadensminderung» haben also direkte Auswirkungen darauf, wo und wie Menschen illegale Substanzen zu sich nehmen.

Kokain und Kokainprodukte

Seit einigen Jahren werden die erfolgreichen Massnahmen zur Umsetzung der Vier-Säulen-Politik durch eine höhere Verfügbarkeit von Kokain und Kokainprodukten in der Schweiz herausgefordert. Zudem sank der Preis für diese Produkte, und ihr Reinheitsgehalt wurde höher.



Hintergründe und Zahlen zum Kokainmarkt zeigt die Studie MARSTUP (am Beispiel des Kantons Waadt) auf:

<https://www.suchtschweiz.ch/die-forschungsabteilung/forschung-beobachten-und-verstehen/marstup-struktur-und-produkte-des-betaeubungsmittelmarkts-im-kanton-waadt/>

Kokain gehört zu den Stimulanzien und hat – vereinfacht gesagt – eine stark anregende Wirkung. Es wird zum Beispiel im Arbeits- oder Sozialleben und an Partys konsumiert. Im Jahr 2022 gab ein Prozent der Bevölkerung in Privathaushalten an, in den letzten zwölf Monaten Kokain konsumiert zu haben (Monitoringsystem Sucht 2022). Vermutlich ist die Zahl jedoch höher, da nicht alle Personen ihren Konsum zugeben möchten. Der Konsum entwickelt sich insgesamt nach oben.

Kokain wird in verschiedenen Formen konsumiert: Kokainpulver wird in der Regel geschnitten oder aufgelöst und injiziert. Behandelt mit Natriumhydrogencarbonat (Backpulver) wird es zu «Crack» weiterverarbeitet oder mit Ammoniak zu «Freebase». Crack und Freebase werden geraucht. In einigen Städten sind ausserdem fertige Crack-Steine erhältlich: Sie müssen nicht zuerst verarbeitet werden, sondern sind direkt konsumfertig. Das macht sie für Personen in prekären Lebensumständen attraktiv, die zum Beispiel wohnungslos sind oder die im öffentlichen Raum konsumieren (müssen).

«Die unmittelbare Wirkung von Crack beinhaltet wie bei anderen Kokainformen einen spürbaren Energieschub sowie eine ausgeprägte soziale Enthemmung. Diese Wirkungen sind jedoch von kurzer Dauer und werden schnell von einem abrupten «Crash» gefolgt. Dieser rasche Wechsel zwischen extremen Wirkungen fördert häufig den wiederholten Konsum von Crack und trägt zu seinem hohen Suchtpotenzial bei.» (SSAM 2023, S. 4).

«Der Effekt ist besonders stark ausgeprägt, wenn unter Stress und ohne geeignete Rückzugsräume – das heisst im öffentlichen Raum – konsumiert wird.» (BAG 2024, S. 4)

Zu den körperlichen, psychischen und sozialen Auswirkungen von Kokainprodukten inklusive Crack und Freebase gibt der Bericht der Schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM) **«Therapieformen bei Crack- und Kokainkonsum»** (2023) Auskunft:



https://www.ssam-sapp.ch/fileadmin/SSAM/user_upload/Therapieformen_bei_Crack_und_Kokainkonsum_Bericht_SSAM_240115.pdf

Auch Personen, die bereits Heroin konsumieren, haben in den letzten Jahren mehr Kokain, Crack und Freebase zu sich genommen. Da Kokain eine andere Wirkung hat als das dämpfende Heroin und auch anders konsumiert wird, haben einige Konsumräume auf diese Entwicklung in den letzten Jahren bereits reagiert ([siehe Kapitel Anlaufstellen und Konsumräume, S. 35](#)). Andere befinden sich noch in diesem Prozess. Wieder andere Städte werden erstmals mit dem Auftauchen von Personen konfrontiert, die im öffentlichen Raum oder in Einrichtungen der Schadensminderung Kokainprodukte konsumieren.

Wissen und Erfahrungen austauschen

Angesichts sich verändernder Trends in Konsum und Markt psychoaktiver Substanzen und der Suche nach (neuen) Lösungen ist der Austausch zwischen den betroffenen Städten, Gemeinden und Regionen sowie den Fachpersonen zentral.

”

«Die Bewältigung eines sozialen und gesundheitlichen Problems setzt voraus, dass es dokumentiert und verstanden wird und dass neue Lösungsansätze in Betracht gezogen werden, aber auch, dass die betroffenen Akteure gemeinsam lernen können, machbare und tragfähige Massnahmen umzusetzen. Dieser Prozess, der in den 1990er-Jahren zur Anwendung kam, muss aus Sicht der EKSН wieder gefördert und verstärkt werden.» (EKSН 2024, S. 2)

Oft sind Entwicklungen im Konsum und im Angebot psychoaktiver Substanzen in anderen Ländern zu beobachten, bevor sie in die Schweiz kommen. Genauso treten neue Phänomene und Trends häufig zuerst in grösseren Städten auf, bevor sie auch kleine und mittlere betreffen. Ein Austausch über Landes- und Stadtgrenzen hinweg kann als Frühwarnsystem dienen und Vorlagen für Lösungsansätze liefern.

Dabei kann es auf der einen Seite helfen, sich von (grösseren) Städten inspirieren zu lassen, die bereits länger mit dem Konsum im öffentlichen Raum konfrontiert sind und in ihrer Lösungsfindung bereits einige Zeit voraus sind. Auf der anderen Seite liefern der Austausch mit und die

Orientierung an Städten und Gemeinden mit ähnlicher Grösse eher eine Vorstellung davon, welche Massnahmen für die eigene Stadt skaliert sind, und verhelfen diesen allenfalls zu grösserer (politischer) Akzeptanz.

Besonders für kleinere Gemeinden kann es unterstützend sein, frühzeitig externe Suchtfachpersonen beizuziehen.

Denken in Versorgungsregionen

Der Austausch zwischen Städten und Gemeinden ist auch deswegen so wichtig, weil Menschen mobil sind und die Veränderung der Situation in einer Stadt unmittelbare Auswirkungen auf umliegende Städte und Gemeinden haben kann. Das ist zum Beispiel in Bezug auf niederschwellige, schadensmindernde Angebote spürbar: Schränkt eine Kontakt- und Anlaufstelle in Lausanne ihre Öffnungszeiten ein, sind Menschen aus Vevey oder Yverdon, die dieses Angebot nutzen, wieder häufiger in diesen Städten sichtbar. Steht ein Konsumraum in Zürich nur noch Personen mit dortigem Wohnsitz offen, wird dies auch in relativ nahe gelegenen kleineren Städten wie Brugg oder Olten spürbar. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, dass die Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen nicht allein in Grossstädten geschehen kann.

Austauschgremien für Städte und Gemeinden auf nationaler Ebene

Es gibt eine Reihe von nationalen Gremien und Gefässen, in denen ein Austausch zwischen Städten und zum Teil auch Fachorganisationen zum Thema Crack- und Kokainkonsum stattfindet:

Ziel der **Städtischen Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen (SKBS)** ist die Vernetzung von Schweizer Städten auf Fachebene zu Fragen der Suchtpolitik und zu Herausforderungen aus der Praxis, die in Gemeinden, Städten und Regionen auftreten. Mitglied der SKBS sind rund 20 Städte, die durch ihre Suchtbeauftragten sowie Polizist:innen vertreten sind. Schwerpunktthema der SKBS ist die Zusammenarbeit zwischen sozialen, gesundheitlichen und polizeilichen Stellen auf kommunaler Ebene im Bereich Suchtpolitik. Jährlich findet ein Seminar statt. Zudem trifft sich die SKBS drei Mal pro Jahr für Online-Austauschsitzungen zu aktuellen Themen. Im Dezember 2022 fand zum Beispiel der Austausch **«Konsum von Kokain/Crack in den Städten»** statt.

SKBS – Städtische Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen:



<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/nationale-gesundheitsstrategien/strategie-sucht/kds.html>

Dokumentation Austausch Kokain/Crack:



https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/npp/strategie-sucht/gremien-suchtpolitik/zusammenfassung_austausch-treffen_skbs.pdf.download.pdf/Austausch-sitzung_SKBS_Sept%202022_Konsum%20von%20Kokain_Crack.pdf

Kontakt:

Julia Joos

Direktion für Bildung, Soziales
und Sport der Stadt Bern

julia.joos@bern.ch

Der **nationale Städtetausch Kokain** diskutiert unter anderem den Umgang mit Konsum von Kokain, aber auch anderen Substanzen (inklusive neu aufkommender), im öffentlichen Raum und auch im Zusammenhang mit Themen wie Obdachlosigkeit und Wohnen.

Aus dem nationalen Städtetausch Kokain bildete sich die kleinere **interurbane Arbeitsgruppe** Kokain. Sie beschäftigt sich derzeit schwerpunktmässig mit der Verwendung von Kokain im Rahmen von Pilotversuchen und medizinischen Anwendungen.

Diese Gruppe besteht aus den Städten Lausanne, Genf, Basel, Zürich, Bern und aus dem Kanton Tessin.

Das **Bundesamt für Gesundheit BAG** hat im November 2023 und im Juni 2024 zu bisher zwei Runden Tischen zum Thema Crack, Freebase und Kokain eingeladen. An den Austauschen nahmen Vertretende von Städten und Fachorganisationen teil. Das Ziel der Veranstaltung ist, Erfahrungen und Good-Practice-Beispiele auszutauschen.

Die Ergebnisse und Empfehlungen des ersten Runden Tisches sind in einem Bericht zusammengefasst.

Kontakt:

Petra Buchta

Leiterin Suchtpräventionsstelle
Stadt Zürich
petra.buchta@zuerich.ch

Kontakt:

Andrea Weiss

Bereichsleiterin Schutz und
Prävention Stadt Zürich
andrea.weiss@zuerich.ch

Kontakt:

Simona De Berardinis

Leiterin Strategie Sucht Bundesamt
für Gesundheit, Abteilung Nicht-
übertragbare Krankheiten, Sektion
Präventionsstrategien
simona.deberardinis@bag.admin.ch

Medienmitteilung zum ersten Runden Tisch:



https://www.prevention.ch/files/publicimages/20240206_Bericht-Runder-Tisch-DE-final.pdf

Medienmitteilung zum zweiten Runden Tisch:



<https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=101283>

Spezifisch zum Thema der Schadensminderung vernetzen sich Städte und Gemeinden immer wieder auch international, um sich über funktionierende Lösungsansätze und gemeinsame Visionen auszutauschen:

Correlation – European Harm Reduction Network (<https://correlation-net.org/>),
Schweizer Mitglieder:



<https://correlation-net.org/members/?type=all&country=809>

Global Cities Hub (GCH): Veranstaltung
«Advancing Drug Policy Reform at the Local Level» (26. Juni 2024):



<https://globalcitieshub.org/en/cities-have-the-potential-to-drive-innovative-initiatives-on-drugs-that-can-inspire-national-change/>

Wissen öffentlich zur Verfügung stellen

Diverse – meist grössere oder mittlere – Städte und Gemeinden haben die Situation rund um den Konsum von Kokainprodukten analysiert und Massnahmen erarbeitet, bzw. analysieren und Lösungen vorschlagen lassen. Einige stellen die Ergebnisse öffentlich zur Verfügung:

Stadt Brugg: Infodrog (Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht): Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung in Brugg. Schlussbericht, im Auftrag der Stadt Brugg, finanziert durch den Kanton Aargau, Departement Gesundheit und Soziales, Abteilung Gesundheit, Sektion Gesundheitsförderung und Prävention, Oktober 2024:



https://www.brugg.ch/public/upload/assets/8930/2024_info_drog_Schlussbericht_Bedarfsanalyse%20Brugg.pdf?fp=1726115252939#search=%22crack%22

Stadt Chur: Die Stadt stellt zahlreiche Grundlagen ihrer aktuellen Sucht- und Drogenpolitik auf ihrer Website zur Verfügung. Dazu zählen unter anderem ein Erklärvideo zur Abstimmung über den Konsumraum der Stadt Chur, die Strategie Sucht- und Drogenpolitik mit einigen Massnahmen zur Verbesserung der Situation (2022) sowie ein FAQ mit Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Konsumraum:



<https://www.chur.ch/suchtunddrogenpolitik>

Stadt Genf: Deutschsprachige Zusammenfassung des Forschungsberichts «La problématique du crack à Genève: situation et réponses» (Juni 2023):



<https://www.suchtschweiz.ch/press/crack-die-lehren-aus-genf-eine-neue-studie-von-suchtschweiz-zieht-bilanz/>

Mitteilung des Genfer Staatsrats zum Aktionsplan in Bezug auf Crack:



<https://www.ge.ch/document/communique-hebdomadaire-du-conseil-etat-du-4-octobre-2023#extrait-33165>

Kontexthinweise

Im Folgenden finden sich kurze Informationen, Links oder Hinweise auf Themen, die mit dem Konsum von Kokain und Kokainprodukten und den Handlungsmöglichkeiten der Städte in Zusammenhang stehen, auf die aber in der Orientierungshilfe nicht näher eingegangen wird.

Gesundheitsförderung, Prävention, Früherkennung und Frühintervention

Aktuelle Erhebungen zeigen eine Verschlechterung der Werte zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen. «Das könnte ein Indikator für eine erhöhte Anzahl zukünftiger Suchterkrankungen sein. Hier – bezogen auf die erste Säule der Suchtpolitik – sollten kommunale und kantonale Behörden früh Massnahmen treffen» (BAG 2024, S. 7). Eine einfache Formel, die dazu führt, dass Menschen keine Kokainprodukte oder andere psychoaktive Produkte mehr konsumieren und Jugendliche in Zukunft geschützt sind, gibt es leider nicht. Die beiden bewährten Programme bzw. Ansätze «Communities That Care» (CTC) sowie Früherkennung und Frühintervention (F+F) bieten Städten und Gemeinden jedoch Handlungsmöglichkeiten.

Ein Beispiel für die Beeinflussung der gesundheitsförderlichen Rahmenbedingungen auf der Ebene der Kinder- und Jugendlichen ist das Programm **«Communities That Care» (CTC)**. CTC verbessert Risiko- und Schutzfaktoren und bewirkt dadurch eine Reduktion von psychischen Belastungen, Sucht, Jugendgewalt/Delinquenz und weiteren aktuellen Problembereichen bei Kindern und Jugendlichen.



<https://www.radix.ch/de/gesunde-gemeinden/angebote/communities-that-care/>

Der Ansatz der Früherkennung und Frühintervention (F+F) dient dazu, erste Anzeichen und Indikatoren für Probleme möglichst früh wahrzunehmen und den Handlungsbedarf zu klären, damit geeignete Massnahmen ergriffen und die Betroffenen unterstützt werden



<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/nationale-gesundheitsstrategien/strategie-nicht-uebertragbare-krankheiten/frueherkennung-fruehintervention.html>

können. Der Ansatz kann zur Bewältigung gesellschaftlicher und gesundheitlicher Probleme wie Risikoverhalten oder -konsum, Sucht und Störungen der psychischen Gesundheit bei Menschen aller Altersstufen herangezogen werden.

Legalstatus von Kokain

Kokain und Kokainprodukte sind in der Schweiz illegale Substanzen, die auf dem Schwarzmarkt, weitgehend ausserhalb der Reichweite des Staates, gehandelt werden. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Reinheit der verkauften Substanzen und allfälliger gesundheitsschädlicher Beimischungen sowie auf die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten. Die Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin schreibt dazu:

”

«Kokain Konsumierende sind so den kriminellen Organisationen ausgeliefert. Die Qualität der gekauften und konsumierten Substanzen kann nicht geprüft werden, und es werden deshalb bei den Konsumierenden teilweise irreparable Schäden gesetzt. Der Legalstatus von Kokain muss angepasst werden, damit Regulierungen möglich werden. Damit kann die Qualität der Substanzen sichergestellt werden, den kriminellen Organisationen wird der Boden für ihre Aktivitäten entzogen, und eine Einbindung der Konsumierenden in die psychosozialen und therapeutischen Netzwerke und Hilfsangebote wird möglich.» (SSAM 2024, S.4)

Das Impulspapier «Risiken regulieren – ein Orientierungsrahmen für die Suchtpolitik» der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EКСN) hält zur heutigen Regulierung von Kokain fest:

”

«Cannabis, Kokain, Ecstasy, Heroin und Halluzinogene sind gemäss Betäubungsmittelgesetz (BetmG) verbotene Substanzen, bei denen (mit Ausnahmen) sowohl die Herstellung wie auch der Handel resp. die Weitergabe, der Besitz und der Konsum illegal sind. Umfassende Verbote als schärfste Form der Regulierung überzeichnen aus Sicht der EКСN die tatsächlichen Risiken und nehmen zu viele unerwünschte Nebenwirkungen (insbesondere auch den Ausfall von Steuererträgen und die Förderung krimineller Netzwerke) in Kauf. Diese Substanzen sind als überreguliert zu bezeichnen.» (Schneider et al. 2024, S.5)

Agonistentherapien für Kokainkonsumierende, **Stärkung der Forschung**

Bei der Opioid-Agonisten-Therapie wird ein illegal konsumiertes Opioid, meist Heroin, durch ein ärztlich verordnetes, legales Medikament ersetzt. In der Regel wird sie von flankierenden therapeutischen Massnahmen begleitet. Eine vergleichbare, etablierte medikamentöse Behandlung steht für Kokainabhängigkeit derzeit nicht zur Verfügung. Die Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM) zeigt in ihrem Bericht «Therapieformen bei Crack- und Kokainkonsum» (SSAM 2023) mögliche Therapieansätze sowie ihre Vor- und Nachteile auf und betont in ihrem Positionspapier die Wichtigkeit verstärkter Forschung: «Die Entwicklung neuer evidenzbasierter pharmakologischer, therapeutischer und sozialmedizinischer Behandlungsansätze ist vordringlich und muss gefördert werden» (SSAM 2024, S. 1).

Pilotversuche mit Kokainprodukten

Die Durchführung von Pilotversuchen für die medizinische Verschreibung bzw. für den legalen Verkauf von Kokainprodukten wird unter Fachpersonen als eine Möglichkeit der Verbesserung der Situation in den Städten und Gemeinden diskutiert. Zur Orientierung wird hier auf zwei (nicht zwingend abschliessende) Einschätzungen der rechtlichen und der medizinischen Situation verwiesen.

Rechtliche Situation / Bewilligungen

«Das Betäubungsmittelgesetz (BetmG; SR 812.121) beschränkt die Durchführung von wissenschaftlichen Pilotversuchen zu nicht medizinischen Zwecken explizit auf Cannabis (Artikel 8a BetmG). [...] Grundsätzlich bestehen würde eine rechtliche Grundlage für die Abgabe von Kokain durch Medizinalpersonen an betäubungsmittelabhängige Personen zwecks Behandlung (Artikel 3e Abs. 1 BetmG). Es handelt sich dabei jeweils um Einzelfallverschreibungen, wozu es einer kantonalen Bewilligung bedarf, die in der Regel von der Kantonsärztin oder dem Kantonsarzt erteilt werden kann. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es zum aktuellen Zeitpunkt weltweit keine ausreichenden medizinischen Studien zur Wirksamkeit und Sicherheit einer Abgabe von Kokain an abhängige Personen gibt und es auch in anderen Ländern keine Zulassung für Kokain mit der Indikation «Substitution von Kokainabhängigen» gibt. Dieser Umstand dürfte einen allfälligen Entscheid zur Bewilligungserteilung beeinflussen. Grundsätzlich denkbar ist die Abgabe von Kokain an betäubungsmittelabhängige Personen im Rahmen von klinischen Versuchen mit Arzneimitteln. Nebst dem Vorliegen einer kantonalen Bewilligung (gemäss Artikel 3e Abs. 1 BetmG) wären hierbei auch die entsprechenden Bestimmungen im Heilmittelrecht zu berücksichtigen (unter anderem Artikel 53 ff. Heilmittelgesetz [HMG; SR 812.21]). Zusätzlich anwendbar wäre in dem Fall das Humanforschungsgesetz (HFG; SR 810.30). Für eine langfristige und breite Verschreibung von Kokain an betäubungsmittelabhängige Personen zwecks Behandlung der Suchtkrankheit müsste hingegen ein Arzneimittel mit dem Wirkstoff Kokain bei Swissmedic zugelassen sein, was aktuell nicht der Fall ist. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens müsste die Sicherheit und Wirksamkeit unter anderem mit klinischen Versuchen nachgewiesen werden.» (BAG 2024, S. 7)

Suchtmedizinische Einschätzung (Kurzversion)

«Wie in der Zusammenfassung der wissenschaftlichen Literatur ausführlich dargelegt gibt es bisher keine Untersuchungen, die eine kontrollierte Abgabe von Kokain empfehlen würden. Es ist jedoch zu prüfen, ob eine kontrollierte Verschreibung von Kokain in noch zu definierenden Settings erfolgversprechend sein kann. Es wäre hier aber wichtig, dass solche Behandlungsversuche sorgfältig erarbeitet und wissenschaftlich begleitet würden.» (SSAM 2023, S. 17)

«Medikamentöse Ansätze müssen in Gesamttherapieangebote eingebunden werden. So können die genannten sozial-psychiatrisch-psychotherapeutischen Ansätze mit Medikamenten oder Substitutionsbehandlungen individuell zusammengestellt werden.» (SSAM 2023, S. 18)

Kantonale Rahmenbedingungen

Die Hochschule Luzern (HSLU) untersuchte im Rahmen einer Erhebung ab 2020 unter anderem die generelle Angebotssituation der Suchthilfe in den Kantonen und bereitete die Angaben aus diesen Kantonen je in einem separaten Kantonsporträt auf. Die meisten Kantonsporträts (ohne AI, GE, GL, NE, SZ, TI) sind öffentlich zugänglich:



<https://www.sodk.ch/de/themen/sucht/suchthilfe/kantonsportraits/>

Zu beachten ist jedoch, dass die Kantonsporträts den Stand vor wenigen Jahren darstellen. Im Kanton Bern wurde die kantonale Kommission für Gesundheitsförderungs- und Suchtfragen SUGEKO mittlerweile abgeschafft.

Insgesamt gibt es in der Umsetzung der Suchthilfe und -prävention grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Nicht alle Kantone setzen die Aufgaben, die ihnen das Betäubungsmittelgesetz überträgt, vollumfänglich um. Besonders in Bezug auf die «Massnahmen zur Schadensminderung und

Überlebenshilfe» zwecks «Verhinderung oder Verminderung von gesundheitlichen und sozialen Schäden bei Personen mit suchtbedingten Störungen» (Artikel 3g BetmG) ist die Umsetzung durch die Kantone uneinheitlich. Dies ist eine Herausforderung für die Städte, die eine subsidiäre Rolle haben. Das (Nicht-)Vorhandensein von Gremien, Strukturen und gesetzlichen Grundlagen auf Kantonsebene hat einen direkten Einfluss auf die Problemlast in und die Handlungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden.

Soziale Situation von suchtbetroffenen Menschen

Die soziale Situation von suchtbetroffenen Menschen ist insgesamt schlechter als die der Gesamtbevölkerung und hat sich in den letzten Jahren negativ entwickelt. Für den Zeitraum zwischen 2007 und 2017 verglich der Forschungsbericht «La situation sociale des personnes touchées par une problématique d'addiction» die Indikatoren Bildungsstand, Beschäftigungsfähigkeit, Wohnsituation, soziale Isolation und Selbstabwertung auf der einen Seite für die Gesamtbevölkerung und auf der anderen Seite für Menschen in ambulanter oder stationärer Behandlung wegen Problemen mit Alkohol, Tabak, Cannabis, Kokain, Opioiden sowie Glücks- und Geldspiel. Insgesamt hat sich die Situation bei fast allen berücksichtigten Indikatoren und psychoaktiven Substanzen bzw. Verhaltensweisen verschlechtert.

Forschungsbericht von Sucht Schweiz (2021) «**La situation sociale des personnes touchées par une problématique d'addiction**» (französisch):



<https://www.suchtschweiz.ch/die-forschungsabteilung/forschung-beobachten-und-verstehen/soziale-lage-und-suchtprobleme/>

Diese Ergebnisse stimmen mit Beobachtungen aus der Praxis der Suchthilfe überein. Niederschwellige Angebote wie Kontakt- und Anlaufstellen berichten seit einigen Jahren, dass sich die gesundheitliche und soziale Situation ihrer Klient:innen verschlechtert. Psychiatrische Komorbiditäten, also das Vorliegen von mindestens einer psychischen Erkrankung neben der Suchterkrankung, kommen häufiger vor und sind komplexer (siehe GREa, S. 4).

Nachfrage nach **Beratung** und **Behandlung**

Daten aus der nationalen Behandlungsstatistik act-info zeigen einen Anstieg der Anfragen im Zusammenhang mit Kokain und Kokainprodukten von 2013 bis 2021. «Obwohl die crackspezifischen Anfragen nach wie vor eine Minderheit ausmachen, machen sie seit 2019 etwa 10 bis 12 % aller Anfragen zu kokainbezogenen Behandlungen in diesen Einrichtungen [das heisst die bei act-info teilnehmenden Suchthilfeinstitutionen, d.V.] aus. Der Anstieg in Verbindung mit Crack war zwischen 2013 und 2021 besonders signifikant (+281% im Vergleich zu +79% bei Kokain HCl). Diese Zahlen zeigen, dass sich der Crack-Konsum nahezu vervierfacht und der Kokain-Konsum verdoppelt hat» (SSAM 2023, S. 5). Daher ist es wichtig, dass die Kantone eine genügend grosse Zahl an ambulanten und stationären Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten sicherstellen. Andernfalls sind Chronifizierungen und Verschlechterungen der Situation der Betroffenen die Folge.

Fachkräfte**mangel**

Auch wenn Städte und Gemeinden sowohl über Strategien für den Umgang mit dem Konsum psychoaktiver Produkte verfügen und auch Ressourcen für deren Umsetzung zur Verfügung stellen, kann sich der Fachkräftemangel als Problem für die fachliche Aktualisierung oder die Neuschaffung von Angeboten herausstellen. Dies kann sowohl «in Pflege, Medizin, psychosozialen Diensten sowie der Polizei» (BAG 2024, S. 4) der Fall sein und sowohl aktuell geschultes Personal als auch die Suche nach Nachwuchs betreffen. Je nach Einsatzbereich benötigen die Städte und Gemeinden gut ausgebildete Fachkräfte, die insbesondere auch willens, ausgestattet und fähig sind, mit Konflikten und aufgeregten Menschen umzugehen, im Falle von Konsumräumen auch ausgebildet sind, bei Überdosierungen zu intervenieren, und deren Menschenbild sie dazu motiviert, Menschen mit einer Abhängigkeit einen Schutzraum zu bieten.

Konkrete Handlungsmöglichkeiten für Städte und Gemeinden

Im Laufe der letzten Jahre waren auch Städte und Gemeinden mit dem Konsum von Crack und Kokainprodukten im öffentlichen Raum konfrontiert, die dies zuvor nicht kannten und die nicht unbedingt über die geeigneten Strukturen verfügen, um damit umzugehen. Die Bildung offener Konsumszenen in kleinen und mittleren Städten machte deutlich, dass die Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen nicht allein in Grossstädten geschehen kann. Auch ausserhalb der urbanen Zentren sind derzeit Strukturen zum Auffangen der Situation gefragt. Auch kleinere und mittelgrosse Städte stellen fest, dass der Konsum von illegalen Substanzen (momentan?) zu ihrer Realität gehört und allein mit polizeilichen Interventionen nicht zu bewältigen ist.

Die Städte können verändernden Markt- und Konsumententwicklungen bei illegalen Substanzen mit verschiedenen Instrumenten begegnen. Drei Haupt-Handlungsbereiche haben sich als zentral herausgestellt:

- a) die Zusammenarbeit und Vernetzung,
- b) das Vorhandensein von niederschweligen, schadensmindernden Angeboten und
- c) die Schaffung von Akzeptanz in der Bevölkerung und in der Politik.

Diese drei Handlungsbereiche inklusive konkreter Instrumente und Beispiele aus der Praxis werden auf den folgenden Seiten vorgestellt.

Auch wenn einzelne der vorgestellten Instrumente bereits eine deutliche Beruhigung der Situation mit sich bringen können bzw. eine Eskalation verhindern können, braucht es das Zusammenspiel verschiedener Massnahmen für eine dauerhafte Lösung. Am Ende des Hauptteils (S. 56–57) werden zwei Beispiele von zusammenhängenden Massnahmenplänen aufzeigt: die Massnahmen zur Beruhigung der Konsumszenen in der Bäckereianlage in Zürich (bereits umgesetzt) und die Schlussfolgerung von Infodrog zur Situation in Brugg (vollständige Umsetzung steht noch aus).



Vorgängige Klärungen

Städte oder Gemeinden, die erstmals mit Menschen zu tun haben, die im öffentlichen Raum illegale Substanzen konsumieren, müssen häufig zuerst eine Analyse der Situation vornehmen.

Zuständigkeiten

- ▶ In einem ersten Schritt kann es notwendig sein, zu klären, wer überhaupt zuständig ist: Welche Verantwortlichkeiten liegen beim Kanton, welche bei der Stadt? Welches Amt, welche Stelle ist zuständig, oder sind es mehrere? Welche Koordination ist untereinander notwendig?

Genaue Situationsbeschreibung

- ▶ Welche Substanzen werden von welchen Personen wo konsumiert? Seit wann ist das so? Gibt es Meldungen seitens der Bevölkerung, von Fachstellen, der Polizei etc., die damit in Zusammenhang stehen?

Welche Grundlagen und welche Angebote bestehen bereits?

- ▶ Welche Angebote aus den Säulen Therapie und Beratung sowie Schadensminderung, Risikominimierung und Überlebenshilfe sind im Kanton vorhanden (siehe dazu auch Kantonale Rahmenbedingungen/Kantonsporträts)?
- ▶ Wie arbeiten Fachpersonen von Sozialdiensten, Suchthilfe und Polizei bereits zusammen?

1

Zusammenarbeit etablieren und pflegen



Die erste Handlungsmöglichkeit für Städte und Gemeinden rund um den Konsum von Crack und Kokainprodukten im öffentlichen Raum ist das Etablieren und die Pflege von Zusammenarbeiten über Fachbereiche und Departemente hinweg. Was eventuell banal scheint, wurde in der Erfahrung der Städte und Gemeinden als wichtigste Grundlage jedes weiteren Handelns identifiziert. Ziel ist es, eine integrierte Sicht auf das Geschehen zu erlangen, die Aufgaben und Schnittstellen der verschiedenen Beteiligten (zum Beispiel Suchthilfe, Psychiatrie, Polizei etc.) zu klären und sich auf Lösungen zu einigen, die alle mittragen.

Idealerweise sind solche Austausche und Zusammenarbeiten bereits eingerichtet, bevor sich eine Situation rund um den Konsum von Substanzen im öffentlichen Raum zuspitzt. Sollte dann tatsächlich Handlungsbedarf angezeigt sein, kann das gesponnene Netzwerk zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen dienen.

Ergänzend zum praktischen Austausch ist häufig eine gemeinsame städtische Gesamtstrategie hilfreich (siehe dazu auch das Praxisbeispiel im Kapitel Politische Einigkeit herstellen – am besten mit dem Kanton im Boot, S. 48).

Übergreifende Arbeitsgruppen und Runde Tische

Für das Erkennen, Analysieren und Lösen von Problemen rund um Konsumszenen in Städten und Gemeinden eignen sich zum Beispiel breit besetzte Arbeitsgruppen oder Runde Tische, entweder auf der Ebene des Kantons oder der Stadt oder Gemeinde. Der Wert des gemeinsamen Austauschs, des geteilten Verständnisses der Situation und der Einigung auf Massnahmen wird von den Städten und Gemeinden, mit denen für diese Orientierungshilfe Gespräche geführt wurden, durchwegs als ausserordentlich hoch beurteilt. Die Regelmässigkeit der Treffen wird dabei als wichtiger angesehen als deren Häufigkeit.

Beispiel Kanton Solothurn: Runder Tisch analysiert Situation und erarbeitet Massnahmenplan

Der Runde Tisch wurde Anfang 2024 durch das Departement des Innern des Kantons initiiert, weil auch in Solothurn der Crack-Konsum stark anstieg. Vertreter:innen des Kantons, des Einwohnergemeindeverbandes, der Städte, der Suchthilfe-Organisationen, der Sozialregionen und der Polizei analysierten die Situation gemeinsam und beschlossen, einen gemeinsamen Massnahmenplan zu erarbeiten. Das Ziel bestand darin, eine Verschlechterung der Gesundheit der Betroffenen, Probleme in den bestehenden Suchthilfe-Strukturen und die Etablierung von offenen Drogenszenen zu verhindern. Der Runde Tisch führte unter anderem zur Erkenntnis, dass die Angebote der kommunalen Suchthilfe-Organisationen eine zentrale Rolle im Umgang mit der Crack-Problematik spielen und die vom Verband Solothurner Gemeinden gesprochenen zusätzlichen finanziellen Mittel für die Suchthilfen in Olten und Solothurn eine Entlastung gebracht haben. Der Runde Tisch traf sich regelmässig und erarbeitete einen Massnahmenkatalog als Vorschlag für die jeweils zuständigen Stellen und politischen Gremien.

Kontakt:

Raphael Schär-Sommer

Stadtrat und Sozialdirektor

Stadt Olten

raphael.schaer-sommer@olten.ch

Beispiel Stadt Chur: Runder Tisch auf Stadtebene

In der Stadt Chur spitzte sich die Konsumsituation von Kokainprodukten im Churer Stadtgarten ab der Covid-19-Pandemie zu. Weil sich die Situation auf die Stadt Chur konzentrierte und im Rest des Kantons weniger Aufmerksamkeit für das Thema herrschte, bildete sich ein Führungsstab auf städtischer Ebene. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Suchthilfe (inklusive des Vereins Überlebenshilfe Graubünden, der über einen Leistungsauftrag des Kantons verfügt) und der Stadtgärtnerei (zuständig für den Stadtgarten) trug entscheidend zur Lösungsfindung bei.

Kontakt:

Patrik Degiacomi

Stadtrat Chur und Leiter

Departement Bildung

Gesellschaft Kultur

patrik.degiacomi@chur.ch

Beispiel Stadt Lausanne: Koordinationsgruppe

Auf Anregung des Waadtländer Kantonsarztsamts (OMC) bildete sich im Sommer 2023 eine Koordinationsgruppe unter der Leitung des Service de l'Inclusion et des actions sociales de proximité (SISP) der Stadt Lausanne. Neben diesen beiden Stellen waren der Service de médecine des addictions (SMA) des Universitätsspitals, die Stadtpolizei und Vertretende von Peer- und Suchthilfe (SYSTMD, Rel'aids / Stiftung Le Relais, Stiftung ABS) vertreten. Die beteiligten Partner stellten fest, dass eine kleine Gruppe von Personen besonders gefährdet ist und von ihr auch die meisten Störungen im öffentlichen Raum ausgehen. Den Akteur:innen des Sozial- und Gesundheitswesens wurde ermöglicht, diese Personen leichter an die spezialisierte Abteilung des Unispitals zu verweisen. Die enge Zusammenarbeit in der interdisziplinären Koordinationsgruppe vereinfachte sowohl die Koordination von medizinischen und sozialpsychologischen sowie polizeilichen Massnahmen (zum Beispiel in Bezug auf häufige Polizeieinsätze, gewalttätiges Verhalten, Zugang zu Gesundheitsversorgung) und das Finden gemeinsamer Lösungen. Auch Themen wie öffentliche Toiletten oder Müllentsorgung haben Platz.

Kontakt:

Christelle Joly

Generalsekretärin der

Direktion für Sport und

sozialen Zusammenhalt

Stadt Lausanne

christelle.joly@lausanne.ch

Einige Städte und Gemeinden setzen zusätzlich zur interdisziplinären Zusammenarbeit auf eine Analyse und Begleitung durch externe Fachpersonen oder -stellen.

Beispiel Stadt Luzern: Runder Tisch und externe Situations- und Bedarfsanalyse

Die Stadt Luzern hat zur Analyse und Lösungsfindung ebenfalls einen Runden Tisch eingerichtet mit Vertreter:innen der Stadt, des Kantons, des Verbands Luzerner Gemeinden, mit dem Zweckverband institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung (ZiSG), der Polizei und mit Vertreterorganisationen gassennaher Institutionen und aus dem Bereich Prävention.

Zwischen Herbst 2023 und Frühjahr 2025 wurden ausserdem auf Initiative der Stadt Luzern vier Workshops durchgeführt mit dem Verein Kirchliche Gassenarbeit, der Leitung K+A / GasseChuchi, der Geschäftsleitung Verein Jobdach, dem städtischem Sicherheitsmanager, der Leitung SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention), der kantonalen Suchtbeauftragten, dem städtischen Suchtbeauftragten, der Sicherheitspolizei Kanton Luzern und der Kriminalpolizei Kanton Luzern. Thematisch wurden die mittlerweile halboffene Drogenszene in der Stadt Luzern sowie die Wohnproblematik für Menschen mit bescheidenen Wohnkompetenzen als auch mögliche Finanzierungsansätze besprochen.

Daraus resultierend hat auf Antrag des Koordinationsgremiums Sucht (KGS) das kantonale Führungsgremium Sucht (FGS) eine Situations- und Bedarfsanalyse zum Umgang mit Crack-Konsum in der Stadt bei der Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Sucht, Infodrog, in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse mit rund zehn Empfehlungen liegen im Frühjahr 2025 vor.

Kontakt:

Felix Föhn

Leiter Soziale Dienste Stadt Luzern und städtischer Suchtbeauftragter

felix.foehn@stadtluzern.ch

Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei

Es ist essenziell, dass Suchthilfe und Polizei in Bezug auf die Funktionsweise von Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) mit Konsumräumen und auf die Beruhigung des öffentlichen Raums zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen: zum Wohl der konsumierenden Menschen, der Anwohner:innen und der Öffentlichkeit allgemein, der Effizienz der eingesetzten (Steuer-)Mittel und der Arbeitszufriedenheit der Fachpersonen auf beiden Seiten. Dazu ist es zum Beispiel hilfreich, verbindliche Absprachen zu Interventionen zu treffen oder gemeinsam im öffentlichen Raum unterwegs zu sein.

Die Zusammenarbeit zwischen der Einsatzgruppe Krokus (KaPo Bern) und der CONTACT Anlaufstelle Bern ist in einer schriftlichen Vereinbarung festgelegt. Sie steht als Anschauungsbeispiel zur Verfügung:



https://www.infodrog.ch/files/content/supo2024/2023-06_Vereinbarung_Krokus_Anlaufstelle-Bern.pdf

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Auflösung von Konsumszenen durch die Polizei aus dem öffentlichen Raum nur nachhaltig gelingen kann, wenn es alternative Konsumorte gibt. Also Einrichtungen, in denen der Konsum unter den an die Bedürfnisse der Konsumierenden angepassten Umständen möglich ist und in denen Kleinhandel unter bestimmten Bedingungen toleriert wird. Ansonsten findet lediglich eine Verlagerung der Szene an einen anderen öffentlichen Ort statt.

Wichtig sind auch Absprachen zur Toleranz von Kleinhandel (**siehe auch Abschnitt Kleinhandel, S. 39**) unter Menschen mit einer Abhängigkeit. Auch wenn die Polizei generell einer Verfolgungs-

pflicht unterliegt, ist es für die Annahme von Konsumräumen durch konsumierende Menschen zentral, dass sich die Polizei auf Händler:innen auf übergeordneter Stufe konzentriert.

Auch grundsätzlich profitieren Fachpersonen der Suchthilfe und der Polizei, wenn sie ihre Beobachtungen zu Konsum psychoaktiver Substanzen – legaler wie illegaler – austauschen. Sie wissen, was und wo konsumiert wird, wo sich Situationen zuspitzen.

Beispiel Stadt St.Gallen: Regelmässiger und strukturierter Austausch zwischen Stadt- und Kantonspolizei sowie der Suchthilfe

Die Grundlage der Kooperation ist die gemeinsam formulierte **«Grundhaltung öffentlicher Raum»**. Sie wird jährlich überprüft und in einer gemeinsam durchgeführten Informationsveranstaltung für sämtliche Mitarbeitenden der Kooperationspartner und weiteren beteiligten Institutionen (wie beispielsweise Hoch- und Tiefbauamt, Sozialamt, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Schulen) vorgestellt.



https://www.stadt.sg.ch/home/gesellschaft-sicherheit/sicherheit-polizei/praevention/oeffentlicher-raum/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/Grundhaltung%20zur%20Nutzung%20des%20%C3%B6ffentlichen%20Raums%20230801.pdf

Kontakt:

Marco Krieg

Fachspezialist Kontrakte Projekte
Gesellschaftsfragen Stadt St.Gallen
marco.krieg@stadt.sg.ch

Der regelmässige Austausch findet

- ▶ wöchentlich zwischen den operativ tätigen Mitarbeitenden von Suchthilfe und Polizei statt,
- ▶ monatlich auf operativer Leitungsebene von Suchthilfe, Jugendhilfe und Polizei statt, um das wöchentliche Monitoring auszuwerten, neu entstandene Spannungsfelder zu identifizieren und Interventionen zu koordinieren,
- ▶ monatlich zwischen Polizei, Suchthilfe und Klient:innen im öffentlichen Raum im Rahmen des «Runden Tisches Kantipark» statt, um die Anliegen der Klient:innen zu erfassen und den Dialog zu verbessern,
- ▶ vierteljährlich auf strategischer Ebene Suchthilfe, Polizei und Jugendhilfe statt, um gezielte Anpassungen zeitnah vorzunehmen und zu koordinieren,
- ▶ drei Mal jährlich im Austausch mit der Allgemeinbevölkerung in Form von gemeinsam durchgeführten Sensibilisierungsanlässen statt, mit dem Ziel, sie zu informieren und ihre Anliegen abzuholen.

Die enge Zusammenarbeit ist gut etabliert und auch den Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen gut bekannt. Durch Einbezug und Partizipation der betroffenen Personen ist es sowohl der Polizei als auch der Suchthilfe möglich, die persönliche Beziehung zu stärken und eine hohe Akzeptanz zu erreichen.

Gemeinsame Situationsbeobachtung

Um frühzeitig auf mögliche problematische Entwicklungen aufmerksam zu werden, hilft es Städten und Gemeinden, die Perspektiven verschiedener Akteur:innen zusammenzubringen. Das kann zum Beispiel wiederum in Form von gemeinsamen Treffen passieren. Vertretende von Behörden (zum Beispiel Gesundheit, Soziales und Polizei), gemeinsam mit Fachpersonen von Hilfsangeboten, aber auch Mitarbeitenden von Stadtgärtnerei oder -reinigung (etwa in Bezug auf öffentliche Orte wie Spielplätze oder Parks) und Gewerbetreibenden (zum Beispiel in Bezug auf Ortskerne und Innenstädte), tragen ihre Beobachtungen zum Konsum im öffentlichen Raum zusammen und können so Entwicklungen und Zusammenhänge erkennen.

Es ist auch möglich, die Situationsanalyse zu formalisieren und eine Reihe von Indikatoren zu definieren, die dann regelmässig erhoben, schriftlich festgehalten und ausgewertet werden (Monitoring). Ein Monitoring erlaubt es, Veränderungen zu quantifizieren (im Vergleich zum Austausch subjektiver Beobachtungen) und örtlich in Zusammenhang zu bringen (zum Beispiel in Ortspläne einzuzichnen). Allerdings bietet eine formalisierte Sammlung (vermeintlich) objektiver Daten auch Risiken: Die Daten müssen interpretiert werden, was schwierig sein kann, ihre Sammlung bindet Ressourcen (die dann nicht für die Problemlösung zur Verfügung stehen), und sie wecken sehr viele Erwartungen. Welche Art von Datensammlung und -auswertung für die jeweilige Stadt oder Gemeinde Sinn ergibt, ist individuell zu entscheiden und hängt auch damit zusammen, welche Daten ohnehin bereits erhoben werden.

Folgende Beobachtungen und Indikatoren haben sich in den Städten und Gemeinden als hilfreich erwiesen:

- ▶ Anzahl von Personen in Unterstützungs- und Hilfsangeboten, ihre Verfassung und ihre Konsumgewohnheiten
- ▶ Situation in Angeboten für Jugendliche
- ▶ Veränderungen in der Nutzung der Sozialdienste
- ▶ Anzahl wohnungslose Menschen
- ▶ Meldungen bei der Polizei und Einsätze im Zusammenhang mit Konsum im öffentlichen Raum
- ▶ Material, das in Konsumräumen verbraucht oder ausgegeben wurde
- ▶ Konsummaterial, das im öffentlichen Raum (zum Beispiel WCs, Parks) gefunden wurde
- ▶ Lücken in Bezug auf Ansprechpersonen oder Fachstellen, die aufgefallen sind
- ▶ Situation für besonders vulnerable Personengruppen (zum Beispiel im Asylverfahren, ältere Bevölkerung, Sexarbeitende etc.)

Städte, die über einen Konsumraum und über Drug-Checking-Angebote verfügen, besitzen damit auch eine zusätzliche Datenquelle in Bezug auf die konsumierten und/oder getesteten Substanzen.

Beispiel Stadt St.Gallen: Regelmässiges Monitoring

Die Stadt St.Gallen führt ein regelmässiges Monitoring mit folgenden Instrumenten durch:

- ▶ Feldbefragungen und Sensibilisierungen bei Anspruchs- und Besuchendengruppen anhand von Interviews/Fragebögen jedes Wochenende über die Sommermonate
- ▶ Monitoring des öffentlichen Raums: Spannungsfelder durch Polizei, Jugendarbeit und aufsuchende Sozialarbeit der Suchthilfe
- ▶ Verstärkte Präsenz und Interventionen in den definierten Spannungsfeldern
- ▶ Statistik über Funde von Konsummaterial im öffentlichen Raum
- ▶ Statistik über Zahl der Personen, denen Wohnungsverlust droht, die wohnungs- und obdachlos sind
- ▶ Auswertung der Daten und jährliche Anpassung der zu beobachtenden Spannungsfelder

Die vorhandenen Daten werden in Kooperation der beteiligten Institutionen erhoben und entsprechende Massnahmen initiiert. Ein Beispiel ist das Projekt im Bereich Wohnen «Plan W», das umgehend ins Leben gerufen wurde, als die Zahlen bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit leicht stiegen.

Kontakt:

Marco Krieg

Fachspezialist Kontrakte
Projekte, Gesellschaftsfragen
Stadt St.Gallen
marco.krieg@stadt.sg.ch



Weitere **Zusammenarbeiten** und Schnittstellen

Je nach Situation in der Stadt oder Gemeinde kann es hilfreich sein, zusätzlich zu den Akteur:innen, wie sie im Kapitel «Übergreifende Arbeitsgruppen und Runde Tische» genannt werden, auch Fachstellen oder -personen mit Bezug zu den folgenden Themen in den Austausch von Beobachtungen, Wissen und Erfahrungen einzubeziehen:

- ▶ Fachstellen für Migration, Einrichtungen für geflüchtete Menschen, Bundesasylzentren: «Menschen mit Fluchtgeschichte, die entweder auf den Bescheid ihres Asylantrags warten oder deren Antrag abgelehnt wurde (vorläufig Aufgenommene und Sans Papiers)», können je nach Geschichte und Lebenssituation verletzlich für den Konsum von psychoaktiven Substanzen sein (zum Beispiel von angstlösenden Substanzen wie Pregabalin). (BAG 2024, S. 6)
- ▶ Einrichtungen für Personen, die Sexarbeit anbieten, und Fachstellen für Gewalt: «Crack-Konsumenten sind häufig Gewalt ausgesetzt, da der Konsum mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft, Impulsivität und Beteiligung an kriminellen Aktivitäten einhergeht. Frauen, die Crack konsumieren, bilden dabei eine besonders gefährdete Untergruppe.» (SSAM 2023, S. 6)
- ▶ Niederschwellige Wohnangebote und Angebote für wohnungslose Personen
- ▶ Stationäre und ambulante Psychiatrieangebote

2

Niederschwellige Angebote und Schadensminderung einrichten



Die zweite Handlungsmöglichkeit für Städte und Gemeinden ist, sich für die Einrichtung von niederschwelligen Angeboten zu engagieren, mit denen konsumierende Menschen unterstützt werden. Je nach Zuständigkeit im jeweiligen Kanton kann dies eine Stadt selbst umsetzen, oder sie muss an den Kanton oder die beauftragte Stelle gelangen.

”

«Für die Konsumierenden steht die Sicherstellung des möglichst gesunden Überlebens im Zentrum. Zu den schadensmindernden Massnahmen gehören eine sichere Wohnmöglichkeit (Housing First), eine stressfreie Möglichkeit, die benötigten Substanzen zu konsumieren (Konsumräume), ein ausreichendes Angebot an sicheren Aufenthaltsräumen (Anlaufstellen) und ein niederschwelliger Zugang zu den verschiedenen sozialen, medizinischen und therapeutischen Angeboten (Somatik, Psychiatrie).» (SSAM 2024, S.1)

Diese Angebote können sowohl mobil sein (oft auch «aufsuchend» genannt) als auch stationär. Zunächst folgen hier Beispiele für stationäre Angebote (Abschnitte «Anlaufstellen und Konsumräume», «Aufenthaltsräume», «Wohnangebote»), danach für mobile Angebote, siehe «Aufsuchende Arbeit» und «Peer-Arbeit».

Die jahrzehntelangen Erfahrungen mit schadensmindernden Angeboten in der Schweiz belegen, dass schadensmindernde Wohn-, Konsum- oder Gesundheitsangebote direkt Einfluss nehmen auf die Entlastung des öffentlichen Raums und auf die Verfassung von Menschen, die Substanzen konsumieren. Fehlen Angebote zum geschützten Konsum oder sind diese nicht auf die Bedürfnisse der Konsumierenden ausgerichtet, findet der Konsum im öffentlichen Raum statt. Sind in einer Region

keine Angebote der Schadensminderung (vor allem K+A mit Konsumräumen) vorhanden, weichen Konsumierende auf andere Regionen aus. Es können sich – das zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre – auch ganz neue Konsumszenen bilden.

Zum Erfolg von schadensmindernden Angeboten trägt bei, dass diese zum Beispiel in Bezug auf einen zentralen, gut erreichbaren Standort, lange Öffnungszeiten oder die Ausstattung und das Angebot an Behandlung und Betreuung konsequent an den Bedürfnissen der Konsumierenden (sicherer und hygienischer Konsum, Essen, Trinken, Erholung, Grundpflege) und an ihren realistischen Möglichkeiten ausgerichtet sind.

Anlaufstellen und Konsumräume

Kontakt- und Anlaufstellen (K+A) bieten Menschen, die auf den Konsum von illegalen Substanzen nicht verzichten wollen oder können, niederschweligen Zugang zu Überlebenshilfe und Beratung. In knapp der Hälfte der K+A gibt es auch beaufsichtigte Injektions-, Inhalations- und Sniffräume, in denen selbst mitgebrachte psychoaktive Substanzen unter hygienischen Bedingungen und fachlicher Aufsicht konsumiert werden können.

Konsumräume dienten ursprünglich vor allem der Injektion von Opioiden. Heute werden immer mehr Stimulanzen wie Kokainprodukte konsumiert, die injiziert, geraucht oder geschnupft und oft mit anderen Substanzen gemischt werden. Das Publikum ist nach dem Eindruck von Westschweizer Fachpersonen zahlreicher, befindet sich in prekäreren Situationen und leidet unter mehr psychiatrischen Komorbiditäten und Isolation; die Lebensläufe sind häufig fragmentiert und traumatisierend (siehe GREA 2023).

Städte und Gemeinden, die bereits über Kontakt- und Anlaufstellen und insbesondere auch solche mit Konsumräumen verfügen, haben die grössere Verfügbarkeit von Kokainprodukten in den letzten Jahren meist besser abfedern können.

Beispiel Stadt Olten: Ausbau der Kapazitäten und zusätzlicher Sicherheitsdienst

Die K+A mit Konsumraum in der Stadt Olten war bereits etabliert und die Finanzierung geklärt, bevor ein verstärkter Konsum von Crack und Kokainprodukten im gesamten Kanton sichtbar wurde. Es konnte somit «vor dem Sturm» gehandelt werden, und die Suchthilfe Ost baute die Kapazitäten in der K+A mit Konsumraum aus. Der Konsumraum bewährt sich als entscheidender Faktor gegen eine starke Belastung des öffentlichen Raums und eine massive Verschlechterung der Gesundheit der konsumierenden Menschen. Auch Personen aus den umliegenden Gemeinden nutzen das Angebot. Die Suchthilfe ist im Kanton ein Leistungsfeld der Gemeinden, die sich zu zwei Trägerschaften (Perspektive in Solothurn und Suchthilfe Ost in Olten) zusammengeschlossen haben und so den Kanton je hälftig bedienen.

Wegen der höheren Frequentierung des Konsumraums wurde zusätzlich ein Sicherheitsdienst zur Unterstützung des Besucher:innenmanagements installiert. Das erleichtert den Umgang mit einer grossen Anzahl wartender Personen und hat sich als pragmatische Lösung bewährt.

Kontakt:

Raphael Schär-Sommer
Stadtrat und Sozialdirektor
Stadt Olten
raphael.schaer-sommer@olten.ch

Beispiel Stadt Freiburg: Einrichtung eines Konsumraums in Kooperation von Stadt und Kanton

In Freiburg eröffnete die Stiftung Le Tremplin im Auftrag des Kantons Freiburg und mit der Unterstützung der Stadt per September 2024 einen Konsumraum im selben Gebäude, in dem sich auch der Sozialdienst, die Kontakt- und Anlaufstellen sowie die Beschäftigungswerkstätten befinden. Im Kanton Freiburg sind die Finanzierung und die Einrichtung von Leistungen für konsumierende Personen, einschliesslich Konsumräume, Sache des Kantons; dieser beauftragt die Stiftung Le Tremplin mit diesen Leistungen. Die Stadt Freiburg unterstützte die Einrichtung des Konsumraums aktiv und beteiligt sich an der Begleitung. Der Konsumraum befindet sich in einem gemischten Gewerbegebiet, in dessen unmittelbarer Nähe sich unter anderem eine Kindertagesstätte befindet. Le Tremplin und die kantonalen und kommunalen Behörden organisierten im Vorfeld eine Informations- und Diskussionsveranstaltung für die Bevölkerung. Die Kantonspolizei ist im Umfeld der Einrichtung regelmässig präsent. Die städtische Lokapolizei sowie Streetworker:innen sind in der Umgebung ebenfalls präsent.

Kontakt:

Caroline Maillard

Sozialarbeiterin, Sozialhilfeamt der Stadt Freiburg

caroline.maillard@ville-fr.ch



Beispiel Stadt Luzern: Pilot zur Erweiterung von Angebot und Öffnungszeiten

Die «GasseChuchi – K+A» erweiterte für den Zeitraum von zwei Jahren ab August 2024 ihre Betriebsöffnungszeiten. Dies geschieht innerhalb eines Pilotversuchs im Einverständnis mit dem ZiSG (Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe und Gesundheitsförderung) und im Auftrag des Kantons Luzern und der Stadt Luzern. Damit soll der durch den Konsum (Crack und andere Substanzen) geprägte Gesundheitszustand der Konsumierenden verbessert, der öffentliche Raum und die spezifischen Brennpunkte entlastet und das subjektive Sicherheitsgefühl der städtischen Bevölkerung erhöht werden.

Als Massnahme mit schneller Wirkung wurden erweiterte Öffnungszeiten der K+A umgesetzt. Die erweiterten Öffnungszeiten ermöglichen die Abgabe einer zusätzlichen leichten Mahlzeit durch die GasseChuchi am frühen Abend. Sie ist gratis erhältlich. Die Besuchenden werden gegen ein kleines Entgelt in die täglichen Aufgaben wie Kochen, Abwaschen und Putzen eingebunden.

Die GasseChuchi ist gleichzeitig ein Ort für Begegnung und Austausch. Sie bietet eine Tagesstruktur sowie die Möglichkeit, sich von den Strapazen des Konsums auszuruhen. Für suchtbetroffene Menschen gibt es in der K+A die Möglichkeit, mitgebrachte Substanzen unter hygienischen und stressfreien Bedingungen zu konsumieren. Dafür sind verschiedene Orte für den intravenösen, den inhalativen und den nasalen Konsum vorgesehen. Ebenfalls steht eine Möglichkeit für die Zubereitung der Substanzen für den Konsum vor

Ort zur Verfügung. Mit der Abgabe von Injektionsmaterial und Mundstücken sowie dem Verkauf von Pfeifen wird die Prävention von übertragbaren (Infektions-)Erkrankungen gefördert. Zudem wird durch Information und Aufklärung das Gesundheits- und Hygienebewusstsein gestärkt. Während der erweiterten Öffnungszeiten steht erwähntes Angebot zur Verfügung.

In speziell dafür bestimmten Räumlichkeiten bietet das Angebot der GasseChuchi – K+A die Möglichkeit, zu duschen, die schmutzigen und kaputten Kleider gegen saubere und geflickte zu tauschen und sich medizinisch beraten und versorgen zu lassen. Dieses Angebot steht nur am Nachmittag zur Verfügung.

Der Pilot wird laufend evaluiert und, wenn notwendig, auch innerhalb der Pilotphase auf die Bedürfnisse der Zielgruppen angepasst.

Kontakt:

Felix Föhn

Leiter Soziale Dienste Stadt
Luzern und städtischer
Suchtbeauftragter
felix.foehn@stadtluzern.ch

Fakten und Grundlagen zu Kontakt- und Anlaufstellen mit und ohne Konsumraum

Factsheet mit Zahlen und Hintergrundinformationen zu den Kontakt- und Anlaufstellen in der Schweiz:



https://www.infodrog.ch/files/content/factsheets/infodrog_factsheet_k-a_de_2020-05.pdf

Als Grundlage für den Betrieb und Aufbau von Kontakt- und Anlaufstellen mit und ohne Konsumraum eignen sich die **«Leitlinien Kontakt- und Anlaufstellen»**:



https://www.infodrog.ch/files/content/schadensminderung_de/infodrog_leitlinien-k-und-a_de_2022.pdf

Wichtige Punkte für die Planung einer K+A in Kürze (Erfahrungen aus der Stadt Zürich):

- ▶ Politische Absicherung erreichen.
- ▶ Barrierefreien Zugang zu den Einrichtungen ermöglichen.
- ▶ Zentrale Lage wählen, gut zu Fuss und per ÖV erreichbar.
- ▶ Sollte dort sein, wo sich Menschen mit einer Suchterkrankung bereits aufhalten.
- ▶ Bei grösseren Städten mehrere Einrichtungen planen, damit die Nachbarschaft entlastet werden kann.
- ▶ Der Kleinhandel muss in den Einrichtungen toleriert werden, weil dieser sonst im öffentlichen Raum stattfindet. Menschen kommen, wenn sie die Substanzen in der Einrichtung besorgen können.
- ▶ Regelmässige Begleitgruppensitzungen durchführen (mit Nachbarschaft, Polizei, aufsuchender Sozialarbeit, K+A-Leitung etc.).
- ▶ Angebot muss so ausgestaltet werden, dass die Bedürfnisse der Konsumierenden befriedigt werden können (zum Beispiel genügend Kapazität in den Konsumräumen, Aufenthalts- und Verpflegungsmöglichkeiten, Ruheraum, sanitäre Anlagen, Büros etc.).
- ▶ Kurze Wege bei Problemen. Es muss klar sein, wer wofür ansprechbar ist.
- ▶ Die Gremien und Gefässe (wie Begleitgruppensitzungen) müssen auch durchgeführt werden, wenn es problemlos läuft. Damit die Beziehung gestärkt ist und sich die Zuständigen kennen.
- ▶ Interdisziplinarität: Die Anstellung von Sozialarbeitenden und Pflegefachpersonen (aus Somatik und Psychiatriepflege) in einem Team hat sich sehr bewährt.
- ▶ Medizinische Unterstützung/Beratung in den Einrichtungen anbieten.

Drug Checking in K+A

Vereinzelte wird in K+A auch ein Drug Checking angeboten. Es dient sowohl der Sicherheit der Konsumierenden wie auch dem Monitoring des Marktes und bietet einen weiteren sozialmedizinischen Zugang zu den Nutzenden des Angebots.



Evaluation des Pilotprojekts zu Drug Checkings in den K+A
Zürich Selnau und Basel Dreispitz (2019)

Neue Anforderungen an Konsumräume für den Konsum von Kokainprodukten

Mit dem zunehmenden Konsum von stimulierenden Kokainprodukten haben sich auch die Anforderungen an die Konsumräume geändert. Ein Risikofaktor für die Gesundheit ist der Gebrauch von unsterilem und/oder gemeinsam genutztem Material für den Konsum von Crack oder Freebase. Die Abgabe von sterilen Crack-Pfeifen und von Materialien zum Aufkochen hat ein grosses Potenzial, Gesundheitsprobleme zu reduzieren (siehe SSAM 2023). Bei der Inhalation von Kokainprodukten wie Crack und Freebase entsteht gesundheitsschädlicher Rauch. Eine starke Lüftungsanlage oder allgemein eine sehr gute Belüftung schützen die Gesundheit von Konsumierenden und Mitarbeitenden.

Der Effekt von Kokainprodukten wie Crack und Freebase ist sehr intensiv, aber nur von kurzer Dauer. Die Unruhe bei den Konsumierenden nach dem Abflachen des Effekts ist gross, das Bedürfnis, bald wieder zu konsumieren, ebenfalls. Einige Menschen «vergessen» darüber körperliche Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken, Schlafen oder Hygiene. Die Konsumierenden erleben Phasen der extremen Gereiztheit genauso wie solche der extremen Müdigkeit. Einige Konsumräume haben gute Erfahrungen damit gemacht, die Angebote für Opioid- und Kokainkonsumierende zu trennen. Obwohl das Personal in K+A und Konsumräumen in der Regel sehr gut ausgebildet und für alle Arten von Extremsituationen gewappnet ist, bieten sich je nach Bedürfnissen der Mitarbeitenden allenfalls zusätzliche Schulungen zum Umgang mit den Crack-Konsumierenden an.

Ruhe- und Schlafmöglichkeiten, Angebote von Essen, Getränken sowie soziale, medizinische und psychiatrische Unterstützung leisten einen wirksamen Beitrag, den gesundheitlichen und sozialen Allgemeinzustand der stark belasteten Konsumierenden zu stabilisieren.

Kleinhandel

Viele Konsumräume haben gute Erfahrungen damit gemacht, den Kleinhandel zwischen Schwerstabhängigen in den Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsumräumen zu tolerieren. Ist dies nicht der Fall, findet der Kleinhandel im öffentlichen Raum statt. In jedem Fall ist eine Absprache mit der Polizei notwendig. Ein entsprechendes Zutrittssystem unterstützt dabei, einen Überblick über das Verhalten der Menschen zu behalten, die den Konsumraum nutzen.



Beispiel Stadt Zürich: Zutrittssystem für K+A

In der Stadt Zürich erhalten Personen, die eine K+A nutzen möchten, gegen Vorlage einer Wohnsitzbestätigung einen K+A-Ausweis. Der Zutritt wird durch sip züri (Sozialarbeit auf Zürichs Strassen | Stadt Zürich) kontrolliert.

Personen, die nicht mehr in der Stadt Zürich leben, aber ihren Lebensmittelpunkt früher in der Stadt hatten, können ein Härtefallgesuch stellen, das einmal pro Jahr geprüft wird. Auch bei Personen, die noch nie einen Wohnsitz in der Stadt Zürich hatten, kann auf Basis einer Einzelfallprüfung eine Härtefallbewilligung erteilt werden, wenn dadurch eine Entlastung des öffentlichen Raums stattfindet und gewisse Bedingungen erfüllt werden (zum Beispiel Unterzeichnung Entbindung der Schweigepflicht zwecks Kontaktaufnahme mit zuständigen Sozialarbeitenden). Die Härtefallbewilligung kann wieder entzogen werden, zum Beispiel wenn die Person an einem Ort wohnt, der ebenfalls (neu) über einen Konsumraum verfügt, oder wenn sie durch wiederholten Deal (ausserhalb des Kleinhandels) auffällt.

Kontakt:

Andrea Weiss

Bereichsleiterin Schutz und
Prävention Stadt Zürich

andrea.weiss@zuerich.ch

Umgang mit auswärtigen Personen

Jede Kontakt- und Anlaufstelle (mit oder ohne Konsumraum) muss in Absprache mit den städtischen oder kantonalen Stellen klären, ob Menschen, die keinen Wohnsitz in Stadt oder Kanton haben, zu den Angeboten zugelassen sind oder nicht und welche Folgen die jeweilige Entscheidung nach sich zieht. Ebenso ist die Frage für Menschen im Asylwesen zu klären.

Aufenthaltsräume

Für Personen, die in erster Linie legale Substanzen wie Alkohol und Zigaretten konsumieren und dazu Gesellschaft suchen, bieten (betreute oder durch die Nutzenden selbst verwaltete) Aufenthaltsräume eine Alternative zum gemeinsamen Konsum im öffentlichen Raum.

Beispiel Stadt Burgdorf: Verein CheckPunkt mit Vereinslokal

Im Sommer 2019 wurde in einer ungenutzten Garage das Vereinslokal des CheckPunkt eröffnet. Das Lokal war als Übergangslösung zur Beruhigung des Quartiers entstanden und soll an einen längerfristigen Standort übergehen. Die Nutzenden organisieren sich vor allem selbst und haben sich zum Beispiel eine Hausordnung gegeben. CONTACT Mobil unterstützt den Verein bei seinen Aktivitäten.



<https://www.contact-suchthilfe.ch/verein-checkpunkt-eroeffnet-eigenes-lokal/>

Wohnangebote

Personen mit einer Abhängigkeit von Kokainprodukten oder Opioiden sind viel häufiger als die Gesamtbevölkerung von einer instabilen oder prekären Wohnsituation betroffen (siehe Labhart, Maffli, Notari 2021). Dieser Faktor erhöht das Stresslevel, beeinträchtigt die gesundheitliche und die soziale Situation und hat mittelbar und auch unmittelbar Auswirkungen auf den Konsum. Wo Menschen eine Wohnung mit Küche haben, ziehen sie es oft vor, ihre Substanzen dort zuzubereiten und zu konsumieren. Das bedingt, dass Zubereitung und Konsum in der Wohnung toleriert werden.

Zur Stabilisierung der betroffenen Personen genauso wie für die Beruhigung des öffentlichen Raums muss daher eine Lösung für die Wohnsituation gefunden werden. Es gibt eine Reihe etablierter Ansätze wie vergünstigte Wohnangebote, konsumakzeptierendes Wohnen, Housing First, Notwohnen oder begleitetes Wohnen, teilweise auch in Kombination mit sozialer oder

medizinischer Betreuung. Welcher Ansatz genau für den jeweiligen Kontext passt und wo genau die betroffenen Menschen letztlich wohnen können, muss jede Stadt und jede Gemeinde selbst klären.

Je nach Situation kann es auch notwendig sein, Wohnangebote für Jugendliche zu schaffen bzw. explizit konsumakzeptierendes Wohnen für Jugendliche zu ermöglichen. Viele Angebote für Jugendliche sind ausschliesslich abstinenzorientiert.

Das Finden von geeigneten Immobilien für akzeptanzorientierte Wohnangebote ist oft eine Herausforderung (auch aus weltanschaulichen Gründen). Massnahmen zur Abschwächung eines Abwehrreflexes (siehe Kapitel Partizipation und Information der Bevölkerung, S. 52) und der Austausch mit anderen Städten und Gemeinden zu Erfolgsfaktoren und Stolperfallen können auch hier hilfreich sein.

Beispiel Stadt Winterthur: Housing First – selbständiges Wohnen stabilisiert

Wenn Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung wohnungslos sind, belastet dies diese Menschen selbst, aber auch das involvierte Sozialsystem und den öffentlichen Raum. In Winterthur läuft seit 2024 ein Pilotprojekt, welches Wohnraum und niederschwellige Unterstützung in gesundheitlichen, sozialen und alltäglichen Themen bietet. Erste Erkenntnisse des Projekts zeigen, dass sich die Lebenssituationen und die Gesundheit der Mieter:innen stabilisieren und Unterstützungsleistungen genutzt werden.

Kontakt:

Lukas Damann

Leiter Prävention und
Suchthilfe

lukas.damann@win.ch

Aufsuchende Arbeit

Aufsuchende Angebote bieten Möglichkeiten, mit Personen in Kontakt zu treten, die (noch) nicht in eine regelmässige Hilfsstruktur eingebunden sind und zum Beispiel keine stationären Angebote aufsuchen können oder wollen.

Aufsuchende Arbeit folgt dem Prinzip, dass vor Ort und in niederschwelliger Weise denjenigen Personen Unterstützung angeboten wird, die sich im öffentlichen Raum aufhalten. Das können medizinische, schadensmindernde, therapeutische, sozialarbeiterische etc. Angebote sein. Wesentliches Merkmal sind das aktive Aufsuchen, die Kontaktaufnahme und das In-Beziehung-Treten.



Beispiel Stadt Olten: Umwandlung SIP in Gassenarbeit / Auftrag und Konzept aufsuchende Gassenarbeit

Die Stadt Olten hat den Auftrag der 2021 gegründeten SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention) angepasst, um näher bei den Personen im öffentlichen Raum zu sein, und führt in einer Pilotphase von 2025 bis 2027 eine aufsuchende Gassenarbeit durch.

Der Oltnr Stadtrat entschied im Herbst 2023, dass die verschiedenen Aufgabengebiete in den Bereichen Sicherheit, Intervention und Prävention neu durch zwei separate Leistungserbringer abgedeckt werden sollen. Zum einen durch eine aufsuchende Gassenarbeit (Streetwork), zum anderen durch einen privaten Sicherheitsdienst. Streetwork ist der Direktion Soziales zugeordnet. Die Direktion Präsidium mit der Abteilung Ordnung und Sicherheit ist für die Ausführung der sicherheitsdienstlichen Aspekte verantwortlich.

Die aufsuchende Arbeit ist für kleinere und mittlere Städte und Gemeinden mit weniger Aufwand möglich als der Aufbau stationärer Strukturen. Sie kann stationäre Strukturen zur dauerhaften Lösung einer Konsumsituation im öffentlichen Raum nicht ersetzen, jedoch können Fachpersonen so im öffentlichen Raum präsent sein und betroffene Menschen unterstützen. Durch den direkten Kontakt weiss eine Stadt oder Gemeinde ausserdem, «wo der Schuh drückt», erfährt Probleme und Anliegen der konsumierenden Personen und erhält Informationen über konsumierte Substanzen.

Die Stadt Olten betreibt die aufsuchende Arbeit als Pilot und evaluiert sie nach drei Jahren.

Das Konzept für Streetwork Olten wurde von der socialdesign ag entwickelt und steht öffentlich zur Verfügung, ebenso wie das damit verbundene politische Geschäft:



https://www.olten.ch/_docn/5278396/07.01_24-09-25_do_Gassenarbeit_und_Sicherheitsdienst,_Beilage_1_Konzept_Streetwork.pdf

Stadtparlament Olten, Politisches Geschäft
«Gassenarbeit und Sicherheitsdienst ab 2025 / Kreditgenehmigung»:



<https://www.olten.ch/politbusiness/2294077>

Kontakt:

Raphael Schär-Sommer
Stadtrat und Sozialdirektor
Stadt Olten
raphael.schaer-sommer@olten.ch
[olten.ch](https://www.olten.ch)

Beispiel Stadt Wädenswil: Aufsuchende Sozialarbeit von der Dienststelle Soziokultur

Die aufsuchende Sozialarbeit wurde in der Stadt Wädenswil ursprünglich von sip züri (Sozialarbeit auf Zürichs Strassen | Stadt Zürich) sichergestellt. Nachdem dies nicht mehr der Fall war, initiierte die Stadt 2019 zunächst ein Pilotprojekt, das 2021 in ein fixes Angebot der Stadtverwaltung überging. Die Mitarbeitenden der aufsuchenden sozialen Arbeit sind regelmässig im gesamten Stadtgebiet von Wädenswil unterwegs. Ihre Zielgruppen sind erwachsene Einzelpersonen und Gruppen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten – insbesondere jene, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind und durch bestehende Betreuungs- und Beratungsangebote nicht erreicht werden. Die Mitarbeitenden unterstützen und fördern die verschiedenen Gruppen im öffentlichen Raum, ein rücksichts- und respektvolles Miteinander zu pflegen, vermitteln bei Konflikten und bieten auch persönliche Gespräche und Unterstützung an.

Kontakt:

Rebekka Schwarz

Mitarbeiterin Soziokultur
Wädenswil, Fachbereich

Erwachsene

[rebekka.schwarz@](mailto:rebekka.schwarz@waedenswil.ch)

[waedenswil.ch](mailto:rebekka.schwarz@waedenswil.ch)

Peer-Arbeit

Die Peer-Arbeit kann im Kontext von stationären Angeboten wie K+A oder suchtmedizinischen Angeboten genauso wie in der aufsuchenden, mobilen Arbeit eingesetzt werden. Teilweise werden Hilfsangebote von konsumierenden Menschen als bedrohlich erlebt, oder es gibt weitere Zugangshürden. Ehemalige oder aktuell noch Konsumierende werden in der Peer-Arbeit als Mittler:innen zwischen den Konsumierenden und den Hilfsangeboten eingesetzt und übernehmen idealerweise als regulär bezahlte Mitarbeitende einen Teil der fachlichen Arbeit in den Hilfsangeboten. Durch den Einsatz der Peer-Mitarbeitenden kann die Zugangsschwelle zu den Angeboten gesenkt werden. Die Peer-Mitarbeitenden werden dabei durch Schulungen, Supervision und Unterstützung begleitet.

Beispiel Stadt Lausanne: Mikro-Jobs mit und ohne Peer-Arbeit

Zwei Partnerorganisationen der Stadt Lausanne bieten sogenannte «p'tits jobs» (Mikro-Jobs) an und haben ihre Angebote angepasst, damit auch Personen, die Crack oder andere Kokainprodukte konsumieren und unruhiger sind, teilnehmen können.

Die Peer-to-Peer-Organisation SYSTMD motiviert frühmorgens Menschen, die in öffentlichen Toiletten konsumieren, gegen eine symbolische Vergütung Konsummaterial einzusammeln. Dieser Job steht allen offen, stärkt die Eigenverantwortung der Teilnehmenden und vermittelt ein Gefühl von Mitwirkung.

Das Programm «Macadam» der Fondation Mère Sofia findet dreimal wöchentlich statt und sammelt ebenfalls Abfälle im öffentlichen Raum. Zusätzlich bietet es Grünflächenpflege in Zusammenarbeit mit dem städtischen Parkservice an. Diese Jobs sind nur für Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung zugänglich, da ein ordentlicher Lohn gezahlt wird. Teilnehmende können später grössere Aufträge wie Umzüge übernehmen, was ihnen schrittweise Autonomie und Selbstbestimmung ermöglicht.

Beide Angebote ergänzen sich und fördern die soziale Integration der Teilnehmenden. Sie schaffen Pausen von der Konsumumgebung, ermöglichen Kontakte zu Hilfsorganisationen und sind so gefragt, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Kontakt:

Christelle Joly

Generalsekretärin der Direktion für Sport und sozialen Zusammenhalt Stadt Lausanne

christelle.joly@lausanne.ch

Beispiel Stadt St.Gallen: Minijobs für Peer-Mitarbeitende im öffentlichen Raum

Die Verantwortung für Ordnung und Sauberkeit für den «Kantipark» (siehe auch Beispiel der Stadt St.Gallen im Kapitel «Beruhigung des öffentlichen Raums») liegt bei den Menschen mit Abhängigkeitserkrankung, die den Park nutzen. In Form eines Minijobs «Kantiparkverantwortliche:r» sorgen Peer-Mitarbeitende dafür, dass die Stühle vor Ort bleiben, instand gehalten werden und zudem Konsummaterial und Abfall sachgerecht entsorgt werden. Weitere Jobs wie die «Spritzentour» erstrecken sich über das gesamte Innenstadtgebiet und beinhalten die regelmässige Überprüfung des öffentlichen Raums und die Entsorgung des Konsummaterials. Die Minijobs im öffentlichen Raum und der damit verbundene enge Austausch zwischen den Menschen mit Abhängigkeitserkrankung und den Mitarbeitenden führen dazu, dass die Hilfsangebote stärker in Anspruch genommen werden. Häufig bedeutet eine solche Tätigkeit den Auftakt für nachfolgende Engagements wie Reinigungsarbeiten in der Gassenküche bis hin zu einem regelmässigen Einsatz als Koch oder Köchin.

Kontakt:

Marco Krieg

Fachspezialist Kontrakte
Projekte, Gesellschaftsfragen
Stadt St.Gallen

marco.krieg@stadt.sg.ch

3

Akzeptanz in Öffentlichkeit und Politik schaffen



Selbst wenn Städte und Gemeinden fachlich begründete Instrumente und Beispiele guter Praxis aus den ersten beiden Handlungsfeldern Zusammenarbeit etablieren und pflegen und Niederschwellige Angebote und Schadensminderung einrichten umsetzen, muss dies seitens Bevölkerung und seitens Politik nicht automatisch auf Zustimmung stossen. Im dritten Haupthandlungsbereich werden daher Massnahmen zur Schaffung von Akzeptanz in der Bevölkerung und in der Politik beschrieben.

Politische **Einigkeit herstellen** – am besten mit dem Kanton im Boot

Grundsätzlich ist es für Städte und Gemeinden sehr viel einfacher, Lösungen für eine Konsumsituation im öffentlichen Raum zu finden, wenn der Kanton sie konzeptuell und finanziell in der Umsetzung der geplanten Massnahmen unterstützt:

”

«Da den Gemeinden für die Schaffung von schadensmindernden Angeboten keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung stehen, sind sie auf die finanzielle und fachliche Unterstützung des Kantons angewiesen.» (Infodrog 2024, S. 5)

Bei der Planung und Schaffung von Angeboten zur Schadensminderung ist eine Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden also notwendig und empfohlen, insbesondere in Bezug auf die Ressourcen, die Evaluation und die Zusammenarbeit über die Gemeinden hinaus (siehe Infodrog 2024, S. 41).

Es kann jedoch sein, dass ein Kanton sich nicht betroffen fühlt oder eine abwartende Haltung einnimmt – etwa, weil sich der Konsum im öffentlichen Raum auf eine Stadt beschränkt oder er zuerst beobachten möchte, ob die durch die Städte oder Gemeinden gewählten Strategien und Massnahmen auch funktionieren. Dann ist es entscheidend, dass innerhalb der Stadt oder Gemeinde Kräfte gebündelt werden und Einigkeit über das Vorgehen besteht.

In der Stadt Chur haben sich folgende Faktoren als hilfreich erwiesen, um Einigkeit im politischen Prozess herzustellen:

- ▶ Eine ungünstige Entwicklung des Konsumverhaltens im öffentlichen Raum wird früh erkannt (siehe auch Kapitel Gemeinsame Situationsbeobachtung, S. 30). Das zuständige Departement hat die Möglichkeit, eine fachlich abgestützte Strategie zu entwickeln und fundierte Massnahmen vorzuschlagen, bevor sich die Situation sowie die öffentliche und die politische Debatte zuspitzen.
- ▶ Das Gesamtparlament hat genügend Zeit, sich eingehend mit der Situation rund um den Konsum im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen und das zuständige Departement und weitere Fachpersonen (siehe auch Kapitel Fachpersonen in politischen Prozess einbeziehen, S. 50) anzuhören. Auch weitere betroffene Stellen, wie zum Beispiel die Polizei, können dabei idealerweise anwesend sein.
- ▶ Das Parlament erteilt einen Auftrag.
- ▶ Die dem zuständigen Departement vorstehende Person hat die Möglichkeit, sich fachlich einzuarbeiten und sich mit involvierten Personen vor Ort sowie mit Kolleg:innen in anderen Städten und Gemeinden auszutauschen.
- ▶ Es wird eine öffentliche Debatte unter Einbezug der Öffentlichkeit geführt.
- ▶ Alle Seiten der Situation werden transparent diskutiert, insbesondere auch Sicherheitsaspekte (siehe auch Kapitel Beruhigung des öffentlichen Raums, S. 50).
- ▶ Die Regierung steht geschlossen hinter der beschlossenen Strategie und den umzusetzenden Massnahmen und tritt einig auf. Falls dies nicht möglich ist: Zumindest die für Soziales und für Sicherheit zuständigen Regierungsmitglieder müssen sich einig sein.

Kontakt:

Patrik Degiacomi

Stadtrat Chur und Leiter

Departement Bildung

Gesellschaft Kultur

patrik.degiacomì@chur.ch

Beispiel Stadt Winterthur: Eine Suchtpolitik für eine gemeinsame Haltung

Die Stadt Winterthur erarbeitet alle vier Jahre eine breit abgestützte Suchtpolitik. Das Thema wird ganzheitlich und unter Einbezug aller involvierten Stellen (inklusive umliegender Gemeinden) auf der Basis des Vier-Säulen-Modells angegangen. Sowohl der Erarbeitungsprozess als auch die Veröffentlichung und die damit verbundenen Anlässe dienen unter anderem dazu, gemeinsame politische und fachliche Haltungen, Grundsätze und Ziele zu erarbeiten und zu festigen. So kann im politischen Prozess stets auf diesen Grundlagen aufgebaut werden.

Kontakt:

Lukas Damann

Leiter Prävention und
Suchthilfe

lukas.damann@win.ch

Fachpersonen in politischen Prozess einbeziehen

Bereits in einer frühen Phase der Strategieentwicklung bzw. im politischen Prozess auf dem Weg zur Schaffung eines Angebots hat es sich als hilfreich erwiesen, Fachpersonen in den Prozess einzubeziehen. Das können Suchtfachpersonen aus der Praxis sein oder auch Mitarbeitende von praxisnahen Stellen und Gremien – sowohl aus der eigenen Region und/oder aus nationalen Fachorganisationen. Dies einerseits, um sicherzustellen, dass nicht am Bedarf der konsumierenden Menschen und der Fachpersonen vorbei gehandelt wird: «Erfahrungen und Berichte der Personen, die täglich mit den Betroffenen zu tun haben, sollen bei der Strategieentwicklung berücksichtigt werden. Nur wenn der Praxisbezug hoch ist, werden Angebote auch von den Betroffenen genutzt.» (BAG 2024, S. 6)

Andererseits schafft es Vertrauen, Strategien und Massnahmen zu entwickeln, die aus fachlicher und wissenschaftlicher Erfahrung zum Erfolg führen sollten. Werden hingegen – etwa aus Kostengründen – Massnahmen beschlossen, die von vornherein nicht als ausreichend beurteilt werden und in der Folge nicht zum gewünschten Effekt führen, schadet dies der Unterstützung seitens Bevölkerung und Politik. Den konsumierenden Menschen und der Öffentlichkeit schaden zum Scheitern verurteilte, zu «klein» angelegte Massnahmenpakete häufig mehr, als sie nützen.

Beruhigung des öffentlichen Raums

Die Beruhigung des öffentlichen Raums mit repressiven Massnahmen als alleiniger Strategie hat sich nicht als hilfreich erwiesen, da Wegweisungen ohne passende Alternative zu einer Verlagerung der Konsumszene führen. Eine Beruhigung des öffentlichen Raums bedingt vielmehr das Vorhandensein von niederschweligen, schadensmindernden Angeboten (siehe Kapitel Niederschwellige Angebote und Schadensminderung einrichten, S. 33) sowie Absprachen, welche die verschiedenen Akteur:innen untereinander treffen (siehe Kapitel Zusammenarbeit etablieren und pflegen, S. 23). Im Zusammenspiel mit und in Ergänzung zu diesen Massnahmen hat es sich in Städten und Gemeinden als hilfreich herausgestellt, an Konsumorten verstärkt mit der Polizei oder

mit privaten Sicherheitsdiensten vor Ort zu sein (siehe Kapitel Anlaufstellen und Konsumräume, S. 35). Zusätzlich kann es temporär hilfreich sein, bestimmte Anlagen, in denen konsumiert wird, zu schliessen oder durch bauliche Massnahmen unattraktiv für den Konsum zu machen – im Wissen darum, dass sich der Konsum bei fehlenden niederschweligen Konsumorten wie K+A mit Konsumräumen an einen anderen öffentlichen Ort verlagern wird. Auch das Einsammeln von Konsummaterial auch gemeinsam mit konsumierenden Menschen (siehe Kapitel Peer-Arbeit, S. 44), trägt zur Entschärfung der Situation für die Bevölkerung bei.

Beispiel Stadt Olten: Sicherheit und Soziales sind gestaffelt in der Stadt präsent

Zur Erhöhung der gefühlten Sicherheit der Bevölkerung werden Patrouillen eines Sicherheitsdienstes in der Innenstadt eingesetzt. Fachpersonen aus den Sicherheitsdiensten, der Kantonspolizei und der aufsuchenden Sozialarbeit (Streetwork) gleichen ihre Situationsbeobachtungen zudem alle drei Wochen ab. Die Verantwortlichen für Sicherheit und für Soziales sprechen sich ausserdem ab, wer in welchem Teil der Stadt unterwegs ist. Stellt die aufsuchende Sozialarbeit eine sicherheitsrelevante Situation fest, gibt sie dem Sicherheitsdienst oder der Polizei Bescheid. Ein gewisser zeitlicher Abstand zwischen der Präsenz der Sozialarbeit und dem Sicherheitsdienst oder der Polizei wirkt als vertrauenswahrende Massnahme, damit beides für die konsumierenden Menschen nicht zu stark verknüpft ist.

Kontakt:

Raphael Schär-Sommer
Stadtrat und Sozialdirektor
Stadt Olten
raphael.schaer-sommer@olten.ch

Beispiel Stadt Chur: Grosse Bedeutung der Sicherheit im Konzept für den Konsumraum

Die Stadt Chur hat bei der Planung ihres Konsumraums grossen Wert auf den Aspekt Sicherheit gelegt. Es ist zu erwarten, dass sehr viele Personen den geplanten Konsumraum nutzen werden. Bauliche Massnahmen sollen verhindern, dass sich Wartezonen im Standortquartier bilden, und ein Sicherheitsdienst ist während acht Stunden pro Tag im Quartier präsent. Dies wurde im Konzept und im dazugehörigen Budget von Beginn an so verankert. Auch im politischen Aushandlungsprozess lag ein grosses Gewicht auf Fragen rund um «Recht und Ordnung». Dem Sicherheitsaspekt wird von Anfang an grosse Bedeutung und ein entsprechendes Budget zugemessen (siehe auch Kapitel Partizipation und Information der Bevölkerung, S. 52).

Kontakt:

Patrik Degiacomi
Stadtrat Chur und Leiter
Departement Bildung
Gesellschaft Kultur
patrik.degiacomi@chur.ch

Beispiel St.Gallen: Gezielte Massnahmen im öffentlichen Park

Der zentral gelegene Kantonsschulpark «Kantipark» ist ein wichtiger Aufenthaltsort für Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung. Ein deutlich sichtbarer, allgemein akzeptierter Aufenthaltsort im Innenstadtbereich in direkter Nähe zum Schulhaus ist auf den ersten Blick ungewöhnlich und funktioniert nur unter klar definierten Regeln (siehe Grundhaltung öffentlicher Raum, Beispiel Stadt St.Gallen im Kapitel «Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei»). Die Fachstelle für aufsuchende Sozialarbeit stellt ausreichend Stühle für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen zur Verfügung, sodass neben den Parkbänken für alle Personen ausreichend Sitzgelegenheiten geboten werden. Gleichzeitig ist definiert, in welchem Bereich die Stühle stehen dürfen. So besteht ein ausreichend grosser Treffpunkt für Menschen mit Suchterkrankungen, gleichzeitig haben andere Parkbesuchende noch ausreichend Möglichkeiten, sich im Park aufzuhalten.

Kontakt:

Marco Krieg

Fachspezialist Kontrakte
Projekte, Gesellschaftsfragen
Stadt St.Gallen
marco.krieg@stadt.sg.ch

Partizipation und Information der Bevölkerung

Für niederschwellige Hilfsangebote wie Kontakt- und Anlaufstellen mit oder ohne Konsumraum oder für konsumakzeptierende Wohnangebote kann es schwierig sein, Standorte zu finden (vor allem, wenn man auf eine nicht städtische Liegenschaft angewiesen ist) und die Akzeptanz der Nachbarschaft zu gewinnen. Auch wenn viele Menschen niederschwellige Hilfsangebote grundsätzlich unterstützen, reagieren sie häufiger ablehnend, wenn sich die Einrichtung in der eigenen Nachbarschaft befinden soll (sogenanntes NIMBY- bzw. «Not in my backyard»-Phänomen).

Um den Effekt abzuschwächen, können folgende Vorgehen hilfreich sein:

- ▶ Sehr früh und von Anfang an (idealerweise bereits vor dem Baugesuch und vor allem bevor etwas in der Öffentlichkeit bekannt wird) zuerst auf Liegenschaftsbesitzer:innen und dann auf die Anwohnenden zugehen. Tag der offenen Tür veranstalten, über das Vorhaben informieren, explizit zeigen, welche Konzepte und konkreten Massnahmen für die Einbettung der Einrichtung in die Nachbarschaft vorliegen.
- ▶ Verständnis für die Bedenken der Anwohnenden zeigen und alle Bedenken sehr ernst nehmen. Ehrlich und transparent damit umgehen, dass es trotz aller Bemühungen unangenehme Zwischenfälle wie Lärm oder Verschmutzungen geben wird. Zeigen, an wen man sich dann wenden kann und wie schnell Abhilfe geleistet wird.

- Erklären, warum der Standort gewählt wurde und warum eine Einrichtung wie eine K+A zentral gelegen sein muss, um den öffentlichen Raum zu entlasten.
- Versuchen aufzuzeigen, dass es sich bei den konsumierenden Personen um ganz normale Menschen handelt, die eine Krankheit haben **(siehe dazu auch Hilfsmittel für eine nicht herabsetzende Sprache im Kapitel Weitere hilfreiche Faktoren, S. 59)**. Transparent machen, dass es Personen gibt, die nicht abstinert werden wollen oder können, aber dank einer K+A eine viel bessere Gesundheit und eine Stabilisierung ihrer Situation erreichen können.
- In den internationalen Vergleich einbetten: Dank K+A, vor allem solchen mit Konsumräumen, schneidet die Schweiz viel besser ab, was die Entlastung des öffentlichen Raums, die Grösse der Gruppe öffentlich konsumierender Menschen und deren gesundheitliche und soziale Situation anbelangt.

Beispiel Stadt Winterthur: Begleitgruppe im Quartier

Die Anlaufstelle DAS in Winterthur bietet eine niederschwellige Tagesstruktur für Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung. Ihre Eröffnung vor mehr als zehn Jahren stiess auf Widerstand im Quartier. Daher rief die Stadt eine Begleitgruppe ins Leben, welche die Situation im öffentlichen Raum regelmässig überprüft und sich um die Anliegen der Anwohnenden kümmert. Die Begleitgruppe besteht aus Vertretungen der Anwohnenden (Private, Organisationen und Firmen), des Quartiersvereins sowie der Stadtpolizei und der städtischen Prävention und Suchthilfe. Das langjährig aufgebaute Verständnis und die tragfähigen Kontakte tragen auch bei neuen Belastungen im öffentlichen Raum aufgrund veränderter Konsumgewohnheiten zur Beruhigung bei.

Kontakt:

Lukas Damann

Leiter Prävention und Suchthilfe

lukas.damann@win.ch



Beispiel Stadt Chur: Erklärvideo und Medienarbeit

Die Stimmberechtigten der Stadt Chur nahmen am 9. Juni 2024 den Rahmenkredit für einen dreijährigen Pilotbetrieb eines begleiteten Konsumraums mit Zweidrittelmehrheit an. Zur Vorbereitung der Abstimmung fasste ein Erklärvideo die wichtigsten Informationen zusammen und erklärte die komplexen Zusammenhänge möglichst einfach. Es stiess auf viel Resonanz.

Das Erklärvideo steht öffentlich zur Verfügung:



<https://www.chur.ch/suchtunddrogenpolitik/69406>

Generell erwies es sich rund um die Abstimmung als hilfreich, Medienanfragen konsequent anzunehmen und zu beantworten. Entscheidend war dabei auch, dass alle beteiligten Personen und Institutionen sich in Bezug auf die Kommunikation absprachen, in die gleiche Richtung Stellung nahmen und keine sich widersprechenden Aussagen machten.

Kontakt:

Patrik Degiacomi

Stadtrat Chur und Leiter

Departement Bildung

Gesellschaft Kultur

patrik.degiacomi@chur.ch

4

Zusammenspiel von Instrumenten und Massnahmen



Auch wenn einzelne der vorgestellten Instrumente bereits eine deutliche Beruhigung der Situation mit sich bringen können bzw. eine Eskalation verhindern, braucht es das Zusammenspiel verschiedener Massnahmen für eine dauerhafte Lösung.

Beispiel Stadt Brugg: Klärung des Handlungsbedarfs bzw. der Schaffung von Angeboten gemeinsam mit Infodrog

Die Bildung einer Drogenszene im öffentlichen Raum veranlasste die Gemeinden Brugg und Windisch dazu, die Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht, Infodrog, im Herbst 2023 mit einer Bestandesaufnahme inklusive Handlungsempfehlungen zu beauftragen. Dazu führte Infodrog eine Befragung von 90 Fachpersonen und Einwohner:innen sowie 40 Betroffenen durch. Die Ergebnisse wurden anschliessend durch eine Fokusgruppe bestehend aus Vertreter:innen der Bereiche Suchthilfe, Sozial- und Gesundheitswesen, Gemeinden und Polizei validiert und Empfehlungen abgeleitet.

Die Resultate zeigen, dass im Raum Brugg/Windisch, aber auch in anderen Gemeinden

des Kantons Aargau, Angebote der Schadensminderung weitgehend fehlen. Ein Teil der Betroffenen aus dem Kanton Aargau nutzte Schadensminderungseinrichtungen in den umliegenden Kantonen, bis ihr Zutritt dazu begrenzt wurde. Die Handlungsempfehlungen umfassen unter anderem die Schaffung einer Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, von Essensangeboten bzw. einer Gassenküche, aufsuchender Sozialarbeit, einer Not-schlafstelle und von betreuten Wohnangeboten, insbesondere auch für Jugendliche mit risikoreichem Substanzkonsum.

Das Vorgehen der Bestandesaufnahme und die Handlungsempfehlungen sind im Schlussbericht «Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung in Brugg» transparent beschrieben und können von anderen Städten und Gemeinden genutzt werden:

Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog (2024): Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung in Brugg. Schlussbericht, im Auftrag der Stadt Brugg, finanziert durch den Kanton Aargau, Departement Gesundheit und Soziales, Abteilung Gesundheit, Sektion Gesundheitsförderung und Prävention:



https://www.brugg.ch/public/upload/assets/8930/2024_infodrog_Schlussbericht_Bedarfsanalyse%20Brugg.pdf?fp=1726115252939#search=%22crack%22

Kontakt:

Severin Dommann
Abteilungsleiter Gesellschaft
Stadt Brugg
severin.dommann@brugg.ch

Beispiel Stadt Vevey: Kombination sozialarbeiterischer und sicherheitsrelevanter Massnahmen

In Vevey wird Stand März 2025 eine Kombination von sicherheitsrelevanten, baulichen Massnahmen (wie einer besseren Beleuchtung rund um den Bahnhof) und sozialarbeiterischen Interventionen wie der Einrichtung von aufsuchender Sozialarbeit diskutiert. Ergänzend sind eine regelmässige Situationsbeobachtung und Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende der Stadt, die im öffentlichen Raum (zum Beispiel Grünflächen) unterwegs sind, im Gespräch.

Beispiel Stadt Zürich: Beruhigung der Situation in der Bäckieranlage

Die Situation im Jahr 2023 erforderte ein schnelles und koordiniertes Vorgehen unter Einbezug aller Beteiligten. Die Massnahmen wurden in Arbeitsgruppen entwickelt, die sich aus verschiedenen Berufsgruppen (Sozialarbeit, Polizei, Soziokultur und Stadtreinigung) zusammensetzten.

Kontakt:

Andrea Weiss

Bereichsleiterin Schutz und
Prävention Stadt Zürich

andrea.weiss@zuerich.ch

Überblick über die Massnahmen:

- ▶ Die Stadtpolizei bildete eine Sonderkommission und verstärkte ihre Präsenz und Repression im betroffenen Gebiet erheblich.
- ▶ Die aufsuchende Sozialarbeit (sip züri – Sozialarbeit auf Zürichs Strassen | Stadt Zürich) war mehrmals täglich vor Ort.
- ▶ Das Angebot «Ein Bus» («Ein Bus» – Beratung auf vier Rädern | Stadt Zürich) dient als Basis für aufsuchende Arbeit und kann auch für die Beratung genutzt werden. Im Sommer 2023 war das Team des Busses jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag von 14 bis 20 Uhr vor Ort. Ziel war es, mit den Menschen, die den Park nutzen, in Kontakt zu bleiben (sowohl mit den konsumierenden Menschen als auch anderen Parkbesuchenden).
- ▶ Die Sozialarbeiterinnen von Flora Dora (Flora Dora – Beratungsstelle für Sexarbeitende | Stadt Zürich) waren vor Ort, um die Sexarbeiterinnen zu erreichen und sie über ihre Beratungsangebote zu informieren.
- ▶ Ziel war es, den Konsum zu reduzieren, zu informieren und den Nutzenden zu erklären, wo sie Unterstützung erhalten und sicher konsumieren können. Ein weiteres Ziel war es, Konflikte zu vermeiden oder zwischen den Nutzenden zu vermitteln.
- ▶ Die Reinigung der öffentlichen Toiletten wurde auf mehrere Male am Tag ausgeweitet, um den Park für die Nachbarschaft attraktiv zu halten.
- ▶ Rund um die Schulgebäude wurde ein Sicherheitsdienst eingerichtet. Gemeinsam mit sip züri und der Suchtpräventionsstelle wurden Workshops für Lehrpersonen und Personal der Kindertagesstätten durchgeführt. Sie informierten und erläuterten den Umgang mit konsumierenden Menschen und beantworteten Fragen.
- ▶ In Gesprächen mit Anwohnenden regten die Verantwortlichen für Soziokultur an, den Park weiterhin zu nutzen (zum Beispiel für einen Flohmarkt, Nachbarschaftsfeste oder sportliche Aktivitäten).
- ▶ Um die Anwohnenden zu informieren und mit ihnen in Kontakt zu bleiben, wurde ein Walk-in organisiert. Dabei handelte es sich um eine offene Veranstaltung am Abend, bei der die Anwohnenden Fragen stellen konnten und Vertretende aller beteiligten Bereiche anwesend waren. Diese Walk-ins wurden bereits mehrmals durchgeführt.
- ▶ Im Sommer 2023 wurde im Stadtzentrum eine provisorische Kontakt- und Anlaufstelle (mit Konsumräumen) geplant. Innerhalb weniger Monate wurde etwa 100 Meter vom bisherigen Standort entfernt ein Containerdorf errichtet. Diese Einrichtung wird nun seit rund einem Jahr als Konsumraum genutzt. Dank hohem politischem Druck und verkürzten Prozessen gelang es den Zürcher Stadtbehörden, dies in kurzer Zeit zu realisieren. Dies erforderte auch von den Mitarbeitenden grosse Flexibilität und viel Engagement.
- ▶ Der neue Konsumraum wurde am 16. November 2023 eröffnet. Am Vortag wurde ein Medienrundgang organisiert, und die Fragen der Journalist:innen wurden beantwortet.

5

Weitere hilfreiche Faktoren



Zum Erfolg der erarbeiteten Massnahmen tragen aus der Erfahrung von Städten und Gemeinden auch folgende Faktoren bei, auf die aus Platzgründen in der vorliegenden Orientierungshilfe nicht näher eingegangen wird:

- ▶ Abgestimmter Aktionsplan in stellen-/amtsübergreifender Koordination, in Kooperation mit der Polizei.
- ▶ Priorisierung von Projekten und Aktivitäten.
- ▶ Klarheit haben, wen und was man mit welcher Massnahme erreichen möchte, und realistische Erwartungen damit verknüpfen (zum Beispiel kann eine individuelle Unterstützung durch aufsuchende soziale Arbeit einzelne Personen deutlich stabilisieren, aber geringe Auswirkungen auf die Bildung von Konsumszenen allgemein haben).
- ▶ Externe Evaluation der getroffenen Massnahmen, die zeigen, ob die gewünschten Effekte erzielt werden oder ein angepasstes Vorgehen nötig ist. Die Ergebnisse der Evaluation helfen auch dabei, (politischen) Rückhalt für das gewählte Vorgehen zu gewinnen.
- ▶ Partizipation konsumierender Menschen und von Peer-Mitarbeitenden an der Strategieentwicklung und Angebotsgestaltung.
- ▶ Politischer Rückhalt für getroffene Massnahmen und nachhaltige Verankerung in der Regelstruktur: Wenn Massnahmen wie Kontakt- und Anlaufstellen als zeitlich befristete Projekte finanziert sind, besteht eine gewisse Gefahr, dass knappe Ressourcen in die Formalitäten rund um eine Verlängerung statt in die Weiterentwicklung der Angebote fliessen müssen.
- ▶ Eine angemessene Sprache wählen: Die Vorstellung, dass Menschen mit einer Abhängigkeit an ihrem Zustand selbst schuld sind und ihre Situation mittels Willenskraft ändern können, ist immer noch weitverbreitet. Zudem werden Menschen, die von einer Suchterkrankung betroffen sind, noch immer stigmatisiert, was zur Verschlechterung ihres Gesundheitszustands führt. Der – wissentliche oder unwissentliche – Gebrauch herabwertender Sprache trägt dazu bei («Junkie» = menschlicher Müll). Je schlechter das Ansehen suchtbetroffener Menschen ist, desto geringeren politischen Rückhalt haben Massnahmen zur Verbesserung ihrer Situation.

Der Fachverband Sucht hat gemeinsam mit Partner:innen einen Leitfaden für eine diskriminierungsfreie Medienberichterstattung über (Menschen mit) Abhängigkeitserkrankungen herausgegeben. Die Tipps für eine nicht herabwertende Wortwahl sind einfach und auch ausserhalb des Medienkontexts hilfreich.



https://fachverbandsucht.ch/download/1696/241008_Empfehlung_Berichterstattung_DE.pdf



Quellenverzeichnis

Bundesamt für Gesundheit BAG (2024): Schweizer Städte und Kantone berichten über Erfahrungen mit Crack, Freebase und Kokain. Bericht zum Runden Tisch des Bundesamtes für Gesundheit BAG, https://www.prevention.ch/files/publicimages/20240206_Bericht-Runder-Tisch-DE-final.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) vom 3. Oktober 1951 (Stand am 1. September 2023), SR 812.121

Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten EKS (2024): Konsum von Crack, Freebase und anderen Drogen im öffentlichen Raum: Aufruf der EKS, https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/npp/EKS-CFANT/stellungnahmen/crack/eksn-aufruf-crack.pdf.download.pdf/240515_Aufruf%20CFANT%20Crack_DE.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

GRE (2023): Recommandations des professionnel-le-s des addictions pour la disparition des scènes ouvertes de consommation et une approche globale d'accompagnement des personnes concernées, https://www.grea.ch/sites/default/files/recommandations_grea_15.09.2023.pdf (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Labhart F., Maffli E., Notari L. (2021): La situation sociale des personnes touchées par une problématique d'addiction: Conception d'un système d'indicateurs pour le Monitoring suisse des Addictions et des Maladies non transmissibles (MonAM). Rapport de recherche N° 131. Lausanne: Addiction Suisse, <https://www.suchtschweiz.ch/publication/la-situation-sociale-des-personnes-touchees-par-une-problematique-daddiction/> (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Monitoringsystem Sucht und NCD (MonAM) des Bundesamtes für Gesundheit BAG (2022): Konsum illegaler Substanzen (ohne Cannabis; Alter: 15–64), <https://ind.obsan.admin.ch/indicator/monam/konsum-illegaler-substanzen-ohne-cannabis-alter-15-64> (zuletzt abgerufen am 05.05.2025)

Schneider C., Zobel F., Auer R., Brechet Bachmann A.-C., Broers B., Lischer S., Sprecher F., Wolf J., Zürcher K. (2024): Risiken regulieren – ein Orientierungsrahmen für die Suchtpolitik. Impulspapier der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKS), https://www.bag.admin.ch/dam/bag/de/dokumente/npp/EKS-CFANT/berichte/themenuebergreifend/regulierungsbericht.pdf.download.pdf/Risiken%20regulieren_De.pdf (zuletzt abgerufen am 27.2.2025)

Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin SSAM (2023): Therapieformen bei Crack- und Kokainkonsum. Bericht 2023, <https://www.ssam-sapp.ch/positionspapiere/kokain-crack> (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin SSAM (2024): Kokain: Positionspapier SSAM, <https://www.ssam-sapp.ch/positionspapiere/kokain-crack> (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog (2024): Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung in Brugg. Schlussbericht, im Auftrag der Stadt Brugg, finanziert durch den Kanton Aargau, Departement Gesundheit und Soziales, Abteilung Gesundheit, Sektion Gesundheitsförderung und Prävention, https://www.brugg.ch/public/upload/assets/8930/2024_infodrog_Schlussbericht_Bedarfsanalyse%20Brugg.pdf?fp=1726115252939#search=%22crack%22 (zuletzt abgerufen am 20.12.2024)

Weitere Lesehinweise

Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog: Faktenblatt Crack und Freebase. Informationen für Suchtfachpersonen, https://www.infodrog.ch/files/content/schadensminderung_de/2022-12_infodrog_faktenblatt_crack-freebase_de.pdf

Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht Infodrog: Dossier Kokain inklusive Crack, <https://www.infodrog.ch/de/wissen/suchtformen/kokain.html#praevention-von-kokainkonsum>

Zusammenstellung von Informationen und Artikeln zum Thema Crack auf der BAG-Plattform Prevention.ch, <https://www.prevention.ch/collection/crack>

Medienmitteilung des BAG zum zweiten Runden Tisch zur Crack-Situation mit BAG, Städten, Kantonen und Fachleuten, <https://www.news.admin.ch/de/nsb?id=101283>

Präsentation «Crack-Konsum in den Zürcher Kontakt- und Anlaufstellen – Entwicklungen und Herausforderungen» an der 3. Tagung Schadensminderung der Stadt Zürich in Kooperation mit der Arud Zentrum für Suchtmedizin, 3.10.2024 (Link zu Youtube), <https://www.youtube.com/watch?v=jlWieCFEd9U>



Die **Städteinitiative Sozialpolitik** ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands und vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.

staedteinitiative.ch